

**„Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
im Kreis Bergstraße“
Newsletter 53 – überregional - vom 19. Mai bis 02. Juli 2007**

19.05.2007 Nazigegner bespitzelt

Ein knappes Dutzend Staatsschützer mischte sich in Göttingen unter die Teilnehmer eines antifaschistischen Stadtrundganges von Max Eckart

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-19/044.php>

19.05.2007 Sanktionen umstritten

Regensburg: CSU-Rechtsaußen-Clique drohen keine strafrechtlichen, aber vielleicht politische Konsequenzen von Claudia Wangerin

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/05-19/045.php>

22.05.2007 <http://www.mdr.de>

Verfassungsschutzbericht - Rechtsradikale Szene in Thüringen wächst

Immer mehr Thüringer wenden sich der rechtsextremen Szene zu. Wie MDR 1 RADIO THÜRINGEN unter Berufung auf den neuen Verfassungsschutzbericht meldet, stieg die Zahl der zahlenden **NPD-Mitglieder von 250 im Jahr 2005 auf mehr als 380 im vergangenen Jahr. Nach eigenen Angaben zähle die NPD 450 Mitglieder. Auch die Zahl der gewaltbereiten Neonazis habe sich auf bis zu 600 erhöht.**

Aus dem Verfassungsschutzbericht, der am Mittwoch offiziell vorgestellt werden soll, geht dem Sender zufolge zudem hervor, dass die NPD vor der Landtagswahl 2009 ihre Strukturen weiter konsolidiert: Neue Kreisverbände entstünden, und die Zahl lokaler und regionaler Verbände sei auf 15 gestiegen. Zudem habe Thüringen seine Anziehungskraft für Skinheadkonzerte nicht verloren: Allein im letzten Jahr seien mindestens 20 Konzerte mit teilweise mehreren hundert Besuchern organisiert worden. Davon habe die Polizei 14 aufgelöst oder im Vorfeld verhindert.

23.05.2007 Oettinger in Treue fest

Am Dienstag erklärte der Ministerpräsident Baden-Württembergs seinen Austritt aus dem Studienzentrum Weikersheim. Seine Fürsorge bleibt von Hans Daniel

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-23/011.php>

23.05.2007 Antifaschistische Faustkeile und die Frankfurter Allgemeine von Hans Daniel

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-23/012.php>

23.05.2007 Berliner Verfassungsschutzbericht vorgestellt NPD im Aufwind, Islamisten drohen

»abstrakt«, Linke »konnten sich nicht koordinieren«

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-23/020.php>

23.05.2007 »Berg frei« in Mittenwald

Antifaschisten rufen zu Protesten gegen Traditionstreffen der Gebirgsjäger in Bayern auf. Internationale Konferenz mit Zeitzeugen von Ernst Antoni / Ulrich Sander

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-23/051.php>

23.05.2007 Chronik rechter Gewalt in Berlin veröffentlicht Antifaschisten beleuchten Aktivitäten von Neonazis in der Hauptstadt von Markus Bernhardt

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-23/052.php>

23.05.2007 www.mdr.de

Rechte Szene beunruhigt Verfassungsschützer

Die Rechtsextremen in Thüringen und Sachsen verstärken nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer ihre Aktivitäten. Während in Thüringen die Zahl der Extremisten deutlich zunahm, baute die NPD in Sachsen ihre Jugendzentren aus.

Neue NPD-Kreisverbände in Thüringen

Immer mehr Thüringer wenden sich der rechtsextremen Szene zu. Wie MDR 1 RADIO THÜRINGEN unter Berufung auf den neuen Verfassungsschutzbericht meldet, stieg die Zahl der zahlenden NPD-Mitglieder von 250 im Jahr 2005 auf mehr als 380 im vergangenen Jahr. Nach eigenen Angaben zähle die NPD 450 Mitglieder. Auch die Zahl der gewaltbereiten Neonazis habe sich auf bis zu 600 erhöht.

Aus dem Verfassungsschutzbericht, der am Mittwoch offiziell vorgestellt werden soll, geht dem Sender zufolge zudem hervor, dass die NPD vor der Landtagswahl 2009 ihre Strukturen weiter konsolidiert: Neue Kreisverbände entstünden, und die Zahl lokaler und regionaler Verbände sei auf 15 gestiegen. Zudem habe Thüringen seine Anziehungskraft für Skinheadkonzerte nicht verloren: Allein im letzten Jahr seien

mindestens 20 Konzerte mit teilweise mehreren hundert Besuchern organisiert worden. Davon habe die Polizei 14 aufgelöst oder im Vorfeld verhindert.

NPD-Jugend in Sachsen baut Strukturen aus

In Sachsen hat sich die Zahl der Rechtsextremisten kaum verändert. Der Verfassungsschutzbericht für 2006 stuft wie ein Jahr zuvor rund 3.200 Personen als Rechtsextremisten ein. Etwa 1.000 sind Mitglieder der im Landtag sitzenden NPD. Sie sei damit flächendeckend aktiv. Rund 550 Sachsen waren 2006 als partei-unabhängige Neonazis vor allem in der Sächsischen Schweiz und im Raum Dresden aktiv. Das seien etwa doppelt so viel wie ein Jahr zuvor. Bei der Vorstellung des Berichts äußerte sich Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo besorgt über die Jugendarbeit der NPD. Deren Nachwuchsorganisation "Junge Nationaldemokraten" habe die Zahl ihrer Stützpunkte von fünf auf neun ausgebaut. Die NPD-Jugend trete dabei als Verbindung zwischen der Partei und den rechtsextremen Skinheads und Kameradschaften auf.

23.05.2007 <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=990323>

Mittelbayerische Zeitung: Rechte Umtriebe in Regensburger CSU: Bischof fordert Buße

24.05.2007 **Geldstrafen für Westerwaldnazis**

KOBLENZ dpa Mit Geldstrafen und Verwarnungen ist der letzte von drei größeren Prozessen gegen Anhänger der rechtsextremen Kameradschaft Westerwald gestern vor dem Landgericht Koblenz zu Ende gegangen. 7 der insgesamt 13 angeklagten Männer und Frauen erhielten wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung Geldstrafen, so ein Sprecher des Landgerichts. Die 6 weiteren Anhänger wurden verwarnt. Alle Verurteilten im Alter von 18 bis 28 Jahren waren geständig. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Koblenz handelte es sich bei ihnen mehr "um Randfiguren und Mitläufer". Insgesamt sollen der Kameradschaft rund 40 Mitglieder angehört haben.

Kameradschaft Westerwald"

Rechtsextrem aus Langeweile

Nur Mitläufer wollen sie gewesen sein; zur rechtsextremen "Kameradschaft Westerwald" seien sie aus Langeweile und Einsamkeit gekommen, gaben 13 Männer vor dem Landgericht Koblenz an. Dafür erhielten sie eher milde Strafen. (14.05.2007, 16:32 Uhr)

Koblenz - Das Landgericht Koblenz hat 13 Mitglieder der ehemaligen rechtsextremen "Kameradschaft Westerwald" zu Geldstrafen verurteilt und verwarnt. Die Angeklagten seien nur Mitläufer "in der zweiten und dritten Reihe" gewesen, begründete das Gericht die vergleichsweise milden Urteile.

Zum Thema

Dossier: Rechtsextremismus

Keiner von ihnen habe sich an Gewalttätigkeiten beteiligt. Dennoch hätten sie erkennen können, dass die "Kameradschaft Westerwald" mit ihrer Hetze gegen Ausländer und linke Gruppierungen kriminelle Ziele verfolge. Das Strafmaß reicht von einer Verwarnung unter der Auflage von 40 Sozialstunden bis hin zu einer Geldstrafe von 3600 Euro.

Ende nach einem Verhandlungstag

Damit ging der dritte Prozess gegen Mitglieder der "Kameradschaft Westerwald" nach nur einem Verhandlungstag zu Ende. Laut Staatsanwaltschaft war die rechtsextreme Kameradschaft eine kriminelle Organisation mit dem Ziel, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen und einen nationalen Sozialismus nach dem Vorbild der Nationalsozialisten zu schaffen.

Vor Gericht räumten alle 13 Angeklagten ein, Mitglieder der Kameradschaft gewesen zu sein. Einige betonten allerdings, sie hätten nur aus Freundschaft zu den Aktiven der Kameradschaft auf der Mitgliederliste gestanden. Andere sagten, sie seien aus "Langeweile" oder "Einsamkeit" Mitglied gewesen. Eine politische Motivation habe bei ihnen keine Rolle gespielt, behaupteten die meisten Angeklagten. Ein Angeklagter betonte, er habe zwischenzeitlich seinen Zivildienst in einem Altenheim abgeleistet und der rechten Szene komplett den Rücken gekehrt.

Zielsetzung der Kameradschaft gebilligt

Der Staatsanwalt betonte in seinem Plädoyer, auch wenn die Angeklagten nur Mitläufer gewesen seien, hätten sie die Zielsetzung der Kameradschaft gebilligt. Eine solche Organisation könne nur bestehen, wenn sie genügend Mitglieder habe. Die Angeklagten seien zwar nicht an den Gewalttätigkeiten beteiligt, aber darüber informiert gewesen und hätten diese verhindern können. Ein Verteidiger sagte, die Angeklagten hätten "leichtfertig" und "ohne darüber nachzudenken" gehandelt. Da alle Angeklagten geständig waren, mussten keine Zeugen gehört werden.

Laut Staatsanwaltschaft war es seit Frühjahr 2004 bei der Kameradschaft zu gewalttätigen Aktionen gegen linke Gruppierungen gekommen. So wurden im Januar 2005 die Besucher eines Punkkonzerts bei Daaden bedroht und deren Autos erheblich beschädigt. In zwei zurückliegenden Prozessen vor dem Landgericht Koblenz waren deshalb bereits 24 ehemalige Mitglieder der Kameradschaft zu Freiheits-, Bewährungs- und Geldstrafen verurteilt worden. (tso/ddp)

24.05.2007 **URL: <http://www.stern.de/politik/deutschland/589564.html?nv=cb>**

G8-Gipfel-Gegner

Braun-Rote Kungelei

Neue Kluft: schwarze Kapuzenpullis, schwarze Caps, Palästinensertücher. Hier demonstrieren Neonazis - nicht der Schwarze Block der Linken

Von Holger Witzel

Mit Hartz IV und Friedensdemos fing es an, gegen G8 marschieren nun beide. Immer hemmungsloser macht sich die NPD über Themen und Wähler der PDS her. Vor allem Thüringen scheint ein regionales Versuchslabor für die "linke Rechte".

Der Unterhändler trug die Baseballkappe tief ins Gesicht gezogen, einen Kinnbart wie Lenin und fiel auch sonst kaum auf in der Erfurter PDS-Zentrale. Viele hier kennen Kai-Uwe Trinkhaus noch von früher, als er für die Partei im Stadtrat saß. Doch diesmal, Mitte April, kam er eher heimlich - und trotzdem nicht allein. Misstrauische Kameraden von der NPD verfolgten und filmten ihn mit einer Videokamera.

Einigen ist er nicht ganz geheuer

Gerade erst haben ihn die Erfurter Neonazis zu ihrem Kreisvorsitzenden gewählt, obwohl Trinkhaus, 40, erst seit einem Jahr zu ihnen gehört. Einigen ist er auch sonst nicht ganz geheuer: Alle wissen, dass er mit dem Landeschef der Thüringer PDS tauchen geht und bei Hartz-IV-Demos immer noch gern bei den alten Genossen steht. Trinkhaus sitzt mit am Erfurter "Bürgertisch Demokratie" und wird sogar zum Laubhüttenfest der jüdischen Gemeinde eingeladen. Kann man so einem wirklich trauen?

Offenbar haben noch nicht alle NPD-Leute die neue Linie ihrer Partei begriffen: Hemmungslos wie nie zuvor machen sich rechte Funktionäre an linke heran und über deren Themen her. Ob programmatisch bei Globalisierung, Frieden oder Hartz IV oder pragmatisch vor Ort, wenn es um Abwasser, Privatisierung und die angeblichen "Errungenschaften der DDR" geht - auf allen klassischen PDS-Feldern bestellen inzwischen auch die Rechtsradikalen ihren Acker. Fast wortgleich mobilisieren beide Protestparteien derzeit gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm.

Der Parteileitung gleich Bericht erstattet

Als müsse Trinkhaus seine Treue zur NPD beweisen, erstattete er noch am selben Tag bei der Parteileitung Bericht über "Eindrücke und Ergebnisse" seiner Gespräche mit dem Thüringer PDS-Vorsitzenden Knut Korschewsky, schwärmte von der "gewohnt guten Atmosphäre" durch den "persönlichen Kontakt" und brüstete sich gar damit, er habe mit Korschewsky vereinbart, "die öffentlichen Äußerungen künftig moderater zu gestalten, das heißt den aggressiven Unterton herauszuhalten". Die PDS bestreitet zumindest den Inhalt der Gespräche. Korschewsky sieht sich als Opfer eines "üblen Verleumdungsversuchs": Der Ex-Genosse sei ab sofort auch sein Ex-Tauchpartner. Noch scheinen die Berührungssängste der PDS ausgeprägter als umgekehrt.

Mehr zum Thema

[G8-Kritiker: "Internationale" gesungen - Festnahme](#)

[Innenministerkonferenz: Rechte Parteien vor der Pleite](#)

[Studie: Neonazis sind überall](#)

Die NPD testet ihren Schlenk nach links vor allem in Thüringen aus. Hier veranstalten junge Neonazis seit Monaten "antikapitalistische Kaffeefahrten" und verabschieden sich von martialischem Auftritt und alten Feindbildern. Sie geben sich "nationalrevolutionär" und reiten gnadenlos DDR-Nostalgie. Bei jeder Gelegenheit betonen sie die "Gemeinsamkeiten mit der PDS", ein "nationaler Sozialismus" schwebt ihnen vor. Und im Vergleich zu 2005 hat der Landesverband so seine Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. Schon seit den ersten Hartz-IV-Demonstrationen 2004 warnen Verfassungsschützer davor, die Deutungshoheit der Neonazis in sozialen Fragen nicht zu unterschätzen. Auch Wahlforscher staunen seit Jahren über das nicht seltene Ost-Phänomen von PDS-Wählern, die ihre Zweitstimme der NPD geben. Für viele scheint das kein Widerspruch zu sein, weil in der DDR vieles als links galt, was im vereinten Deutschland eher als rechts verpönt ist: das viel zitierte Gemeinschaftsgefühl zum Beispiel oder eine trotzige Liebe zur Heimat, die - anders als bei westdeutschen Linken - kein verkrampftes Verhältnis zu allem Nationalen kennt.

© Jörg Gläscher

Unterhändler: Kai-Uwe Trinkhaus, 40, Kreisvorsitzender der Erfurter Neonazis, verhandelte mit dem PDS-Kollegen

In diese ideologische Bresche springen junge Thüringer NPD-Strategen mit ihrer gegen Kapitalismus und Globalisierung gerichteten "Antikap-Kampagne". Sie sehen die PDS nicht mehr als Gegner, sondern eher als Konkurrenz, wenn nicht gar als Verbündete und klingen auf Kundgebungen oft so links, dass alte SED-Genossen erst von ihrem sensibleren Nachwuchs darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass es

nicht eigene Truppen sind, die da "Zukunft statt Globalisierung" fordern und die DDR als "besseres Deutschland" loben.

"Für unsere Schulungen benutzen wir fast nur noch linke Quellen", sagt der NPD-Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke. Sozialismus könne nur national funktionieren, glaubt er und würde sich "in diesem Sinne durchaus als Nationalsozialisten" bezeichnen. Viel hat er mit seinen 26 Jahren von der DDR zwar nicht mitbekommen, aber was er so hört über Jugend- und Wehrerziehung gefällt ihm: "Freie Deutsche Jugend" und so weiter, Hauptsache, es werde "ein lebensrichtiges Menschenbild" vermittelt, "ohne Homosexuelle in der Öffentlichkeit, dafür mit harten Strafen für Drogen und weniger Individualismus."

Gibt's noch einen "Wartburgkreisboten"?

Das kommt an. Auf den Straßen von Eisenach, wo Wieschke wohnt, grüßen ihn viele mit Vornamen. Auch ältere Leute fragen, ob er noch einen "Wartburgkreisboten" hat, ein von ihm verantwortetes Blättchen, in dem er Regionales mit Globalem mischt und zu einem völkischen DDR-Sozialismus verquirlt. "Früher", sagt Wieschke, "habe ich auch Scheiße gebaut", und meint damit vermutlich seine Vorstrafen für Körperverletzung und die Anstiftung zu einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss. Heute stöhnt er darüber, "dass sich viele von uns immer noch mit Ausländern und historischen Themen beschäftigen". Dabei gelte es doch erst mal, den Kapitalismus als Grundübel zu thematisieren: Über Ostgebiete, Kriegsschuld und den Umgang mit Schwulen könne man immer noch reden, "wenn wir an der Macht sind".

Diese Themenverschiebung ist mehr als nur Tarnung und fiel der NPD selbst nicht leicht. Allein der "Antikap-Kampagne" ging intern ein monatelanger Streit voraus, ob man mit zu viel PDS-Nähe und "Sozialismus" die Leute im Osten nicht verschrecke. Antikommunistisch geprägte Westnazis wie der Parteivorsitzende Udo Voigt sprechen schließlich immer noch gern von der "Mauermörderpartei".

Der Linken wiederum fällt es nicht immer leicht, sich der Umarmung von rechts konsequent zu entziehen. Ob man wie im Oktober 2004 im Kreistag von Siegburg eine "technische Fraktion" mit der NPD eingeht und den Schulterchluss hinterher mit "humanistischen Grundauffassungen" rechtfertigt wie der PDS-Abgeordnete Uwe-Bernd Griesert; ob man sich wie [Oskar Lafontaine](#) gezielte Ausrutscher gegen "Fremdarbeiter" leistet; ob man wie sein Ex-WASG-Bundesvorstandskollege Andreas Wagner den Wechsel zur NPD mit "an vielen Punkten ähnlichen Zielen" begründet; oder ob man als PDS-Bürgermeister feierlich daneben steht, als bei einer Sonnenwendfeier in Sachsen-Anhalt das Tagebuch von Anne Frank den Flammen übergeben wird: Die PDS verknüpft sich vielfach - offenbar aus Rücksicht auf wertkonservative Befindlichkeiten im Osten - klare Abgrenzungen gegen Nationalismus.

© Jörg Gläser

Erst Hoffnungsträger der PDS, jetzt der NPD: Abiturient Michael Ranft, 20, aus Bad Salzungen steht für die jungen "Nationalrevolutionäre"

Genau das haben die Thüringer Neonazis früh erkannt und mischten sich von Anfang an so erfolgreich unter die sogenannten neuen Montagsdemonstranten, dass sie in Gera und Altenburg nicht selten die Spitze der Protestzüge bildeten: "Nicht rechts steht der Feind", so ihre Plakate, "sondern oben". Mit ähnlich kompatiblen Losungen tauchen auch in Thüringen immer größere Truppen von jungen Rechten auf, die sich "Autonome Nationalisten" nennen, aus "freien Kameradschaften" rekrutieren und Outfit und Protestgehabe von linken Autonomen kopieren.

Damit füllen sie die subkulturelle Lücke; selbst in der ewig gestrigen Szene gilt es als uncool, Skinhead zu sein. Sie tragen also schwarze Kapuzenpullover, Palästinensertücher und - wenn schon etwas wächst - gern Kinnbart. Gelangweilt von altmodischer Nazi-Glatzen-Tümelei spielen Frisuren in der rechten Szene kaum noch eine Rolle, auch HipHop-Musik ist erlaubt. "Fight the system", heißt es ohne Scheu vor fremden Sprachen und Gewalt, und die bekommen echte Linke und Polizisten nach wie vor zu spüren, "aggressiv wie nie", so Verfassungsschützer.

Junge "Nationalrevolutionäre" wie der 20-jährige Michael Ranft aus Bad Salzungen lehnen inzwischen sogar überbeuerte Szeneklamotten wie von Thor Steinar ab, "weil die auch bloß in Asien nähen". Ranft wurde im vergangenen Sommer mit einer politische Blitzkarriere bekannt - allerdings in der PDS. Linke Wahlkämpfer hatten ihn an einem PDS-Wahlstand angesprochen und zu einer öffentlichen Sitzung eingeladen.

Der selbstsichere Abiturient machte einen guten Eindruck

Dort suchte man gerade frische Gesichter für den zerstrittenen Kreisvorstand. Der selbstsichere Abiturient mit der schmalen Brille machte offenbar einen so guten Eindruck, dass er fünf Wochen später als Hoffnungsträger im PDS-Vorstand der Südthüringer Kreisstadt saß, verantwortlich für Jugendarbeit. "Es war mehr Naivität als Kalkül", behauptet Ranft heute, auch wenn er schon damals eng mit NPD-Kadern befreundet war. Er habe sich nichts dabei gedacht, auf einer rechten Demo in Jena mit der Nazi-Ikone Jürgen Rieger zu plaudern und eine Woche später auf einem PDS-Sommerfest selbst zu sprechen. Dass es "die Rede eines Nazis" war, die sie beklatschten, fiel den PDS-Genossen erst auf, als in der Zeitung ein Foto

von Ranft neben Rieger erschien - und er dem Parteiausschluss schnell zuvorkam.
"Viele PDS-Mitglieder gehören eigentlich zu uns", sagt Kai-Uwe Trinkhaus. Der NPD-Tauchfreund des Thüringer PDS-Landesvorsitzenden will das aus "vielen persönlichen Gesprächen und Kontakten" wissen. Nur das Nazi-Stigma halte sie noch ab. Aber Trinkhaus ist zuversichtlich: Über den von ihm initiierten Verein "Schöner Leben in Erfurt" kämen auch schon jetzt Spenden von SPD- und PDS-Mitgliedern der "nationalen Sache" zugute "und die Spender wissen das".

25.05.2007 www.mdr.de

Rechte Szene beunruhigt Verfassungsschutz

Die rechtsextremistische NPD hat ihre Strukturen in Thüringen ausgebaut. Bei der Vorstellung des neuen Verfassungsschutzberichts sagte Innenminister Karl Heinz Gasser (CDU), die Partei habe ihre Mitgliederzahl von 240 im Jahr 2005 auf 380 im vergangenen Jahr erhöhen können. Sie habe jetzt 13 Kreisverbände mit durchschnittlich 30 Mitgliedern.

Linksextremistische Gruppen dagegen spielen laut Gasser kaum noch eine Rolle. Die Zahl der politisch links motivierten Straftaten habe sich im Vergleich zu 2006 von 200 auf 118 fast halbiert. Auch die Zahl rechter Straftaten sei um neun auf 611 gesunken, die Zahl der gewaltbereiten Rechten mit 530 aber konstant geblieben. Auch das Potenzial der als gewaltbereit eingeschätzten Linken veränderte sich mit 150 Personen nicht.

Andere rechtsgerichtete Parteien haben dem Bericht zufolge Anhänger verloren. So hätten DVU und Republikaner 2006 jeweils nur noch rund 60 und die Deutsche Partei (DP) rund 15 Mitglieder gehabt.

NPD dominiert

Die Stärke der NPD könne in Thüringen zu einem Konflikt mit der DVU führen, vermutete Gasser. Der vor zwei Jahren geschlossene Pakt der beiden Parteien sehe vor, dass sie sich bei Landtagswahlen keine Konkurrenz machten. In Thüringen solle 2009 nur die DVU antreten. Da diese aber in einem desolaten Zustand sei, gebe es in der NPD Forderungen nach einer eigenen Kandidatur.

Die NPD erhalte Zulauf vor allem von Neonazis, konstatiert der Bericht. Bei ihrer Werbung setzten die Rechtsextremen weiterhin auf

Musik: Im vergangenen Jahr sind nach Wissen des Verfassungsschutzes

18 Skinhead-Konzerte organisiert worden, sechs seien verhindert und sechs weitere von der Polizei aufgelöst worden.

Erkennbar ist für den Verfassungsschutz eine neue Strategie der NPD.

So gründe sie Vereine oder schließe sich Initiativen an, etwa gegen den Bau von Windkraftwerken oder gegen Kürzungen im Kulturbereich.

Auch engagiere sie sich in Feuerwehren und Sportvereinen, um Berührungängste abzubauen.

Opposition vermisst Strategie

"Es ist fünf vor zwölf", kommentierte die SPD den Bericht. Ganz so beängstigend sei die Lage insgesamt nicht, sagte der Innenminister.

Auch Gasser aber äußerte sich besorgt über den "steten Zuwachs" der NPD. Die Gesellschaft als Ganzes sei aufgerufen, Extremisten jeder Färbung zu begegnen. Die Linkspartei warf dem Minister vor, die Gefahr extremistischer Umtriebe in Thüringen herunterzuspielen.

Die Opposition erneuerte ihre Forderung nach einer klaren Strategie.

"Es reicht nicht, Nazikonzerte aufzulösen, staatliches wie zivilgesellschaftliches Handeln ist auch da gefragt, wo entsprechende Musik auf Schulhöfen kursiert, rechtsextreme Codes in Sportvereinen auftauchen oder volksfeste von Neonazis dominiert werden", sagte die Abgeordnete der Linkspartei, Sabine Berninger.

Thüringen sei das einzige ostdeutsche Land ohne Programm gegen Rechts, bemängelte die Landesprecherin der Grünen, Astrid Rothe-Beinlich: "Die Regierung Althaus darf den Kampf gegen Rechts nicht länger nur engagierten Bürgerinnen und Bürgern überlassen."

25.05.2007 **Blick nach Rechts** - **Die Inhalte der aktuellen Ausgabe:**

Zerrissene Parteien

Das rechtspopulistische Spektrum ist von einer politikfähigen Einheit weit entfernt.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe112007/zerrisseneparteien/>

„Zukunft statt Globalisierung“ [€]

Der Protest gegen den G8-Gipfel verbindet NPD und Freie Kameradschaften.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe112007/zukunftstattglobalisierung/>

Unauffällig bürgerlich [€]

Führende Neonazis im Berliner Speckgürtel – der Verfassungsschutz warnt vor der Strategie der NPD.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe112007/unauffaelligbuengerlich/>

Friedensbewegte [€]

Neonazis wollen Begegnungen zwischen deutscher und russischer Jugend.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe112007/friedensbewegte/>

Jenseits von Weikersheim - Von Martin Gerster MdB

Die Neue Rechte auf der Suche nach Alternativen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe112007/jenseitsvonweikersheim/>

Alarmzeichen [€]

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Bundes bilanziert ein drastisches Anwachsen der rechtsextrem motivierten Gewalt sowie großen Zulauf für NPD und Neonazis.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe112007/alarmzeichen/>

Warnung vor Verharmlosung [€]

Neonazis und die NPD bilden in Hamburg nach wie vor das „Gravitationszentrum des Rechtsextremismus“.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe112007/warnungvorverharmlosung/>

„Herkunftsfranzosen“ [€]

Der rechtsextreme Front National will den Wahlkampf dieses Mal mit „Inländerbevorzugung“ bestreiten.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe112007/herkunftsfranzosen/>

Massaker aus Rache [€]

Vor 65 Jahren machten die Nazis den Ort Lidice dem Erdboden gleich – die Bevölkerung wurde ermordet oder deportiert.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe112007/massakerausrache/>

Konspirative Organisatoren

Inden – Im Kreis Düren hat am 19. Mai das „bundesweite Schlageter-Treffen“ – auch: „Tag des Nationalen Widerstandes“ – in Kooperation zwischen NPD und „Kameradschaften“ stattgefunden.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/konspirativeorganisatoren/>

„Meinungsfreiheit für Deutsche“

Krefeld – Die NPD-Kreisverbände Krefeld und Mönchengladbach sowie „Freie Nationalisten“ rufen für den 21. Juli zu einer Demonstration in Krefeld auf.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/meinungsfreiheitfuerdeutsche/>

29.05.2007 Bergverbot für die Antifa

1500 Soldaten und Altfaschisten beim revanchistischen Heldengedenken in Mittenwald. Großes Polizeiaufgebot und Versammlungsverbote schränkten Protest ein von Frank Brendle, Mittenwald

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-29/049.php>

29.05.2007 Rechter Datensammler enttarnt

Neonazi aus Berlin-Pankow stellte Bilder und Namen politischer Gegner ins Internet. Betroffene wollen sich wehren von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-29/044.php>

30.05.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/22/rechte-globalisierungsgegner?from=24hNL>

+++ NPD: Der Traum von der Querfront +++

Rechte und linke G8-Gegner sind auf den ersten Blick schwer zu unterscheiden. Nur minimal variieren die Parolen. Was die Linken ärgert, machen die Rechten mit Absicht

Von Michael Schlieben

31.05.2007 Mittenwald-Verbot fürs Bundesheer

Österreichisches Verteidigungsministerium untersagte offizielle Teilnahme an Gebirgsjägertreffen in Bayern von Frank Brendle

--> <http://www.jungewelt.de/2007/05-31/052.php>

31.05.2007 www.spiegel-online.de

NEONAZIS IM OSTEN

Judenhass in der Kinderliga

"Fidschi", "Ausländerschwein", "fick dich, du Jude" - Zitate aus dem Spielbericht des Schiedsrichters eines Fußball-Jugendspiels im sächsischen Wurzen. Der Rassismus in Ostdeutschland hat die Kinderligen erreicht - und Verantwortliche finden alles gar nicht so schlimm. Von Heike Baldauf [mehr...](#) [[Forum](#)]

31.05.2007 Der Tagesspiegel: NPD meldet für Samstag Demonstration in Ludwigslust an / Rechtsextremisten wollen in Kleinstadt ausweichen, sollten die Verwaltungsgerichte das Verbot des Aufmarschs in Schwerin bestätigen

Berlin (ots) - Berlin - Die NPD versucht mit einer Doppelstrategie, parallel zur Großdemonstration der linken Globalisierungsgegner in Rostock einen eigenen Aufmarsch zu veranstalten. Nach dem Verbot der NPD-Demonstration in Schwerin hat am Donnerstag ein Mitglied der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern für Sonnabend in Ludwigslust (Mecklenburg) eine Demonstration mit 1800 Teilnehmern angemeldet. Entsprechende Informationen des Tagesspiegels haben das Landratsamt Ludwigslust und die NPD bestätigt. Gleichzeitig wehrt sich die NPD mit einem Antrag beim Verwaltungsgericht Schwerin gegen das Verbot der Demonstration in der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern. Sollte das Verwaltungsgericht das Verbot der Stadtverwaltung bestätigen, "werden wir alle weiteren rechtlichen Mittel ausschöpfen", sagte NPD-Sprecher Klaus Beier dem Tagesspiegel. Dies schließt auch einen Gang zum Bundesverfassungsgericht ein.

Das Landratsamt Ludwigslust berate jetzt, wie mit der Anmeldung der NPD für die Ausweichdemonstration umzugehen ist, hieß es in der Behörde. Die NPD wolle unter dem Motto "Für Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit" durch die Stadt ziehen.

Pressekontakt: **Der Tagesspiegel** **Chef vom Dienst**
Thomas Wurster **Telefon: 030-260 09-308** **Fax: 030-260 09-622**
cvd@tagesspiegel.de

01.06.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/23/npd-demo-verbot?from=24hNL>

+++ G8-Gipfel: NPD will nach Ludwigslust +++

Die Stadt Schwerin hat die Demonstration der rechtsextremen Globalisierungsgegner verboten. Nun sucht die NPD nach einem Ausweichquartier

01.06.2007 www.tagesschau.de

*** Körperverletzung: Neonazi-Anwalt Rieger verurteilt**

Wegen politisch motivierter Straftaten ist der Hamburger Rechtsanwalt Rieger bereits mehrfach vorbestraft. Das Landgericht Magdeburg verurteilte ihn nun zu einer weiteren Strafe: Weil er einen Politiker der Linkspartei durch eine Faustschlag verletzt hatte, soll er 4500 Euro Geldstrafe zahlen. [\[mehr\]](#)

- [Dossier: Rechtsextremismus in Deutschland](#)

01.06.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/23/npd-demo-verbot-2?from=24hNL>

+++ G8-Gipfel: NPD darf nach Schwerin +++

Ein Verwaltungsgericht hat die große NPD-Demonstration gegen den G8-Gipfel genehmigt. Ins Zentrum der Landeshauptstadt dürfen die rechten Globalisierungsgegner aber nicht

01.06.2007 Rheinische Post: NPD & Co.

Düsseldorf (ots) - von Margarete von Ackeren

Wer extremistische Kräfte wirkungsvoll bekämpfen will, kann dies nur mit Handeln und nicht mit leeren Drohungen erreichen. Die Forderung nach einem Verbot der NPD zeugte da eher von Demokraten-Panik als von selbstbewusstem Kampf gegen rechtsextreme Kräfte. Denn eine Gesinnung lässt sich ohnehin nicht per Gesetz verbieten. Dass die Debatte um ein NPD-Verbot offenbar endlich verstummt, ist gut. Denn die vermeintliche Kraftgeste war nie mehr als ein Manifest der Hilflosigkeit.

Allerdings sollte der Staat sich nicht schwächer fühlen, als er ist. Dass die NPD aufgrund ihrer Wahlergebnisse im vorigen Jahr nach dem Parteiengesetz mehr als 1,3 Millionen Euro kassieren konnte, ist ohnehin bitter genug. Deshalb ist es umso wichtiger, dass der Staat sich ein möglichst genaues Bild verschafft, aus welchen Quellen sich die braunen Kräfte speisen. Die Innenminister haben richtig erkannt, dass eine Demokratie sich auch nicht zum Deppen machen sollte. Darüber hinaus gilt nach wie vor, dass Bildung ein bewährtes Mittel ist im Kampf gegen extremistische Kräfte. Und: Wer Chancen in der demokratischen Gesellschaft bekommt, interessiert sich für Irrwege jenseits des demokratischen Spektrums gleich etwas weniger.

Pressekontakt: **Rückfragen bitte an:**
Rheinische Post **Redaktion** **Telefon: (0211) 505-2304**

02.06.2007 Notstand in Schwerin?

Verwaltungsgericht kippt Versammlungsverbot für Samstag und verlegt Neonaziaufmarsch an den Stadtrand. Auch Antifaschisten dürfen demonstrieren. Rechte Ersatzveranstaltung in Ludwigslust untersagt von Lothar Bassermann/Theo Schneider

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-02/040.php>

02.06.2007 www.tagesschau.de

* Nach Demo-Verbot: Bundesweite NPD-Kundgebungen

In mehreren deutschen Städten ist es zu nicht angemeldeten NPD-Kundgebungen gekommen. Zahlreiche Personen wurden laut Polizeiangaben festgenommen. Zuvor hatten die Gerichte eine NPD-Demo in Schwerin kurzfristig verboten. [\[mehr\]](#)

- [Globalisierung: Die Angst der NPD vor dem "Volkstod"](#)
- [NPD-Demo in Schwerin bleibt verboten](#)

03.06.2007 www.mdr.de

Osterburg - Großer Festumzug zum Sachsen-Anhalt-Tag

Der Sachsen-Anhalt-Tag in Osterburg in der Altmark geht heute mit einem großen Festumzug zu Ende. 3.500 Mitwirkende aus allen Landkreisen gestalten farbenfrohe Bilder zu Land und Leuten. Auf die Besucher warten unter dem Motto "850 Jahre Osterburg - historisch, sportlich, fit" außerdem wieder Bühnenshows und sportliche Programme.

Am Ende des Tages reichen Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und Osterburgs Bürgermeister Hartmuth Raden die Fahne an Merseburg weiter, wo im nächsten Jahr das Landesfest stattfindet.

Aufmarsch von Rechten überschattet Fest

Überschattet worden war der Sachsen-Anhalt-Tag am Sonnabend von einem rechtsextremen Aufmarsch. Wie MDR 1 RADIO SACHSEN-ANHALT berichtete, zogen am Nachmittag 150 bis 200 Neonazis durch die Stadt und skandierten rechtsradikale Parolen. Polizisten, die sich ihnen in den Weg stellten, wurde beiseite geschoben. Hintergrund des Aufmarsches war offenbar das Verbot einer NPD-Kundgebung in Schwerin. Die Rechtsextremen waren mit einem Regionalzug aus der mecklenburg-vorpommerischen Landeshauptstadt gekommen.

Osterburg erwartet 200.000 Besucher

Mit einem Altmarkfest und Shows zahlreicher Künstler war am Sonnabend der 11. Sachsen-Anhalt-Tag fortgesetzt worden. Das Landesfest in der 7.000 Einwohner zählenden Altmark-Stadt wird bis Sonntag von rund 11.000 Mitwirkenden gestaltet. 150.000 bis 200.000 Besucher werden insgesamt erwartet. Bei der Eröffnung am Freitag sagte Ministerpräsident Böhmer, das neu ausgerichtete Landesfest wolle kleine und mittlere Städte in den Mittelpunkt der Feierlichkeiten stellen, um die regionalen Stärken des Landes hervorzuheben.

Landesfest geht in die Region

Die Entscheidung, das Landesfest in Osterburg auszurichten, war erst im Oktober des vergangenen Jahres gefallen, nachdem sich aufgrund der zu erwartenden Ausgaben lange Zeit kein Ausrichter gefunden hatte. In Osterburg ist das Fest nun in das Jubiläum der alten Hansestadt eingebunden, die in diesem Jahr ohnehin ihr 850-jähriges Bestehen feiert. Auch in Zukunft soll das Fest von Kommunen ausgerichtet werden, die in dem jeweiligen Jahr größere Feierlichkeiten vorhaben.

04.06.2007 NPD marschierte durchs Brandenburger Tor Nach Verbot der

Neonazidemonstration in Schwerin rechte Aufmärsche in etlichen Städten von Lothar Bassermann
--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-04/013.php>

04.06.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1148238
[NPD-Spontandemos: Guerilla-Taktik in Braun](#)

Mit Spontandemos narnte die NPD die Polizei - und marschierte durch das Brandenburger Tor.

04.06.2007 Der Tagesspiegel: NPD will am Donnerstag in Rostock demonstrieren

Berlin (ots) - Rostock - Vertreter der NPD haben nach Informationen des Tagesspiegels am Montag eine Kundgebung in Rostock angemeldet. Kommenden Donnerstag will die rechtsextreme Partei mit etwa 500 Teilnehmern unter dem Motto "Für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Nein zur Gewalt" in Rostock demonstrieren. Der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, und der Generalsekretär der Bundespartei, Peter Marx, gaben die Anmeldung am Montagmittag im Rostocker Rathaus beim Stadtamt ab. Die Kundgebung sei "ausdrücklich als Gegenveranstaltung zu den für Donnerstag geplanten Veranstaltungen der linken Gipfelgegner geplant", sagte Marx dem Tagesspiegel. Als mögliche Kundgebungsorte nannte die NPD den Stadthafen, das Gelände vor oder hinter dem Bahnhof sowie den Neuen Markt vor dem Rathaus. Das Stadtamt will die Anmeldung an die Polizeieinsatzzentrale "Kavala"

weiterleiten, die für die Zeit des G-8-Gipfels auch die Funktion der Versammlungsbehörde übernommen hat.

Die NPD wollte vergangenen Sonnabend in Schwerin gegen den G-8-Gipfel demonstrieren, musste sich aber einem Verbot der Stadt beugen. Das Verbot wurde vom Oberverwaltungsgericht Greifswald bestätigt. Das von der NPD angerufene Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sah sich nicht in der Lage, auf die

Schnelle zu entscheiden. Auch am Montag hieß es beim Bundesverfassungsgericht, es sei noch keine Entscheidung in Sicht.

Pressekontakt:
Thomas Wurster
cvd@tagesspiegel.de

Der Tagesspiegel
Telefon: 030-260 09-308

Chef vom Dienst
Fax: 030-260 09-622

04.06.2007 Gütersloh, 04.06.2007

**Europa braucht Antworten auf den steigenden Rechtsextremismus
Führende Rechtsextremismus-Forscher in Europa unterstützen eine neue
Initiative der Bertelsmann Stiftung und des Centrums für angewandte
Politikforschung**

Die jüngsten Zahlen, die Innenminister Schäuble am 15. Mai 2007 im Verfassungsschutzbericht zum Rechtsextremismus präsentierte, sind alarmierend: Gegenüber dem Vorjahr stiegen die rechtsextremen Gewalttaten um über 9 Prozent, die rechtsextremen Straftaten sogar um fast 15 Prozent. Dieser Trend, so der EU-Jahresbericht zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von 2006, zeichnet sich auch in anderen europäischen Ländern ab. Nicht weniger alarmierend war im Januar 2007 der Zusammenschluss der rechtsextremen Parteien im Europäischen Parlament zu der Fraktion "Identität, Tradition, Souveränität", dem 21 Abgeordnete aus sieben Mitgliedstaaten angehören. Angesichts dieser Entwicklungen startet die Bertelsmann Stiftung mit dem Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München eine neue Initiative zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Ziel ist es, durch einen internationalen Vergleich erfolgreiche Strategien gegen den Rechtsextremismus in Europa zu identifizieren und Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft zu erarbeiten.

Den Auftakt zu dieser Initiative bildete die Konferenz "Right-Wing Extremism - A European Challenge" am 31. Mai 2007, zu der die Bertelsmann Stiftung nach Berlin eingeladen hatte. Europas führende Rechtsextremismusforscher aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz diskutierten über die jüngsten Entwicklungen im Bereich der radikalen Rechten, des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus. An der Konferenz nahmen auch Vertreter staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen teil, die sich mit dem Rechtsextremismus in Europa auseinandersetzen: EU-Kommission, Europäische Grundrechtsagentur, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Europäisches Netzwerk gegen Rassismus, Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und die Antonio Amadeu Stiftung/Freundenberg Stiftung.

"Der europäische Rechtsextremismus der Gegenwart ist ein modernes und ein internationales Phänomen, das auf Modernisierungsschübe in den westlichen und zentral- sowie osteuropäischen Gesellschaften reagiert", sagte Michael Minkenberg von der Viadrina Universität in Frankfurt/Oder.

Jean-Yves Camus vom Institut internationaler und strategischer Beziehungen in Paris analysierte die Situation in Frankreich, die einerseits vom Niedergang des Front National, andererseits aber auch von einem neuen Antisemitismus geprägt sei, der sich inzwischen von den Entwicklungen im Nahen Osten abgekoppelt habe.

Katrin Meyer vom Warschauer Büro der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gab einen Überblick über den steigenden Antisemitismus in Europa in der OECD-Region.

Meindert Fennema von der Universität Amsterdam warnte davor, radikale rechte Positionen wie z.B. Kritik an Einwanderung einfach als rechtsextremistisch zu qualifizieren. Aus seiner Sicht ist die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, für den Rechtsextremismus charakteristisch. Noch unerforscht sei die Frage, unter welchen Umständen sich rechte Radikale zu gewaltbereiten Rechtsextremisten entwickeln.

Christopher Husbands von der London School of Economics thematisierte den Umgang mit rechtsextremen Parteien in Kommunal- und Länderparlamenten: "Der Entschluss, direkt gewählte Mandatsträger von rechtsextremen Parteien in lokalen Parlamenten zu isolieren, bedeutet leider auch den unmittelbaren Wählerwillen und damit auch ihr Recht zur politischen Vertretung zu ignorieren und ist somit nicht unproblematisch. Hier müssen Wege gefunden

werden, um diese Wähler von den rechtsextremen Parteien zurückzuholen." Die Rechtsextremismusexperten unterstützen die Initiative der Bertelsmann Stiftung und werden in den kommenden Monaten Ländergutachten auf der Grundlage eines Leitfadens erstellen, den das Centrum für Angewandte Politikforschung gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Demokratie und Integration der Bertelsmann Stiftung entwickelt hat. Der Schwerpunkt der Länderberichte wird auf den Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus liegen.

Im einzelnen diskutierten folgende Experten in Berlin: Prof. József Bayer (Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest), Dr. Jean-Yves Camus (Institut für internationale und strategische Beziehungen, Paris), Ioannis Dimitrakopoulos (Europäische Grundrechtsagentur, Wien), Prof. Meindert Fennema (Universität von Amsterdam), Dr. Christopher Husbands (London School of Economics and Political Science), Prof. Piero Ignazi (Universität von Bologna), Dr. Kathrin Meyer (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Warschau), Prof. Michael Minkenberg (Europäische Universität Viadrina, Frankfurt/Oder), Dr. Joachim Ott (Europäische Kommission, Brüssel), Michael Privot (Europäisches Netzwerk gegen Rassismus, Brüssel), Timo Reinfrank (Freudenberg Stiftung/Amadeu Antonio Stiftung, Berlin), Prof. Jens Rydgren (Universität von Stockholm), Dr. Damir Skenderovic (Universität von Fribourg/Schweiz), Klaus Stoltenberg (Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, Königswinter), Prof. Marc Swyngedouw (Katholische Universität, Leuven), Britta Schellenberg (Centrum für Angewandte Politikforschung, München) und Prof. Klaus Wahl (Deutsches Jugendinstitut, München).

06.06.2007 Arisiertes Kempinski

Spanienkämpfer erinnert an Geschichte des Luxushotels in Heiligendamm. Konzernraub der Nazis und ihrer Nachfolger nie revidiert. G-8-Chefs wird das nicht den Appetit verderben von Katrin Maria Jonas
--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-06/001.php>

07.06.2007 Blick nach Rechts - Die Inhalte der aktuellen Ausgabe:

„Saubermänner“

Die „Bürgerbewegung pro Köln“ erhält Unterstützung aus den Reihen von NPD und Neonazis.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe122007/saubermaenner/>

Rechtsextreme Kinderfänger [€]

Die „Heimatreue Deutsche Jugend“ veranstaltet völkische Freizeitlager für Kinder und Jugendliche und übt mit ihnen militärischen Drill.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe122007/rechtsextremekinderfaenger/>

Braune Barden [€]

Veranstaltungen der NPD werden gerne mit rechtsextremen Liedermachern garniert.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe122007/braunebarden/>

Rückkehr der Kapuzenmänner [€]

Der Ku Klux Klan orientiert sich zusehends hin zur Neonaziszene in der USA.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe122007/rueckkehrderkapuzenmaenner/>

Ansteigende Gewalt [€]

Der niedersächsische Innenminister warnt vor einem Erstarren der NPD – Neonazis wollen „Teil der bürgerlichen Gesellschaft“ sein.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe122007/ansteigendegewalt/>

Flächendeckende Strukturen [€]

Die NPD hat sich in Sachsen regional verfestigt.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe122007/flaechendeckendestrukturen/>

Die NPD führt das Zepter [€]

73 Seiten Aufklärung für Norddeutschland.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe122007/dienpdfuehrtDaszepter/>

Nicht immun gegen Rechts [€]

Politikwissenschaftler empfehlen zivilgesellschaftliches Engagement auch innerhalb der Gewerkschaften.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe122007/nichtimmungegenrechts/>

Der „Generalplan Ost“ [€]

Das NS-Regime wollte die osteuropäische Bevölkerung in gigantischem Umfang vertreiben.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe122007/dergeneralplanost/>

Familienfete der NPD [€]

München – Am 16. Juni veranstaltet der NPD-Landesverband Bayern an einem bislang unbekanntem Ort zum zweiten Mal einen „Bayerntag“.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/familienfetedernpd/>

Völkisches Pfingstlager [€]

Eschede – Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) führte ihr Pfingstlager Ende Mai mit etwa 200 Teilnehmern auf dem Gelände des NPD-Mannes Joachim Nahtz in Eschede bei Celle durch.
<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/voelkischespfingstlager/>

08.06.2007 <http://www.bpb.de/themen/R2IRZM>

Dossier - Rechtsextremismus: Schwerpunkt Rechtsextreme und Medien

Der Rechtsextremismus bedroht die Zivilgesellschaft. Zeit, ihm entschlossen entgegenzutreten. Neuer Schwerpunkt des bpb-Angebots: Medien

08.06.2007 <http://www.bpb.de/veranstaltungen/B7BJP0>

Kooperationsveranstaltung - Rechtsextremismus im Breitensport

13.07.2007-28.02.2008 Kölpa, Ortsteil Hütten

Die Seminarreihe setzt bei Übungsleiterinnen und Übungsleitern sowie Sportlerinnen und Sportlern als Zielgruppe an. Diese sollen für die Umgang mit fremdenfeindlichen, antisemitischen oder rechtsextremen Vorgängen sensibilisiert werden und eigene Handlungsstrategien entwickeln.

09.06.2007 www.spiegel-online.de

RECHTE MUSIKLEHRERIN

NPD- Mitglied lehrt an Hamburger Grundschule

Der Fall Karin S. sorgt für Aufsehen: Die Hamburgerin denkt stramm rechts, hat das Parteibuch der NPD - und unterrichtet Grundschüler. Ihr Mann ebenfalls. Die Schulbehörde weiß Bescheid. Doch sie sieht keine Möglichkeit, die Pädagogin vor die Tür zu setzen. Von Stefan Schultz und Jochen Leffers [mehr...](#)

09.06.2007 www.spiegel-online.de

NPD- AUFMARSCH

Ordnungsamt wollte jüdische Protestmusik gegen Nazis verhindern

Kotau vor den Neonazis? Ein thüringisches Ordnungsamt wollte den Auftritt einer Band verbieten, die als Protest gegen einen NPD-Aufmarsch traditionelle jüdische Musik spielen sollte. Zu provokant für die Rechten, fanden die Beamten, doch die lokale SPD wehrte sich. [mehr...](#)

09.06.2007 www.tagesschau.de

*** Regensburger CSU: Mündliche Anhörung**

Zur Klärung möglicher **rechter Umtriebe** in der Regensburger CSU hat der Bezirksvorstand mündliche Anhörungen angeordnet. Die schriftlichen Stellungnahmen liegen fast alle vor. [\[br\]](#)

09.06.2007 www.mdr.de

Überfall auf Theaterensemble in Halberstadt

Halberstadt: Mitglieder des Nordharzer Theaters sind am frühen Morgen von einem Schlägertrupp brutal angegriffen worden. Eine Theatersprecherin sagte, die etwa 10 Ensemblemitglieder seien auf offener Straße unvermittelt überfallen und geschlagen worden. Fünf Opfer hätten Verletzungen erlitten, zwei seien noch im Krankenhaus. Dem äußeren Anschein nach habe es sich bei den Angreifern um junge **Neonazis** gehandelt. Die Polizei bestätigte den Vorfall. Genauer Ablauf und Hintergründe müssten noch ermittelt werden. - Das Theater sagte inzwischen einen Auftritt heute Abend im Bergtheater Thale ab. Auf dem Plan stand das Musical "Rocky Horror Show" .

10.06.2007 www.spiegel-online.de

RECHTSEXTREMISMUS

Brutaler Überfall auf Theaterensemble

[» zur Homepage \(De Morgen\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Politik](#), [» Belgien](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Yves Desmet](#)

Deutschland - Süddeutsche Zeitung

Trotz des Rechtsdrucks bei den Parlamentswahlen sei Belgien ein Vorbild in Europa, meint Cornelia Bolesch. "Warum? Weil Europa nicht bei jeder belgischen Nationalwahl aufs Neue zittern muss. Weil auch die neue Regierung in Belgien, ganz gleich wie sie aussehen wird, aus überzeugten Europäern bestehen wird. Weil das belgische Parlament dem Verfassungsvertrag mit überwältigender Mehrheit zugestimmt hat. Weil Europa sowohl in Flandern als auch in Wallonien eine feste Größe ist, die nicht immer wieder in Frage gestellt wird. Weil Europa in den politischen Programmen der meisten Parteien nicht nur breiten Raum einnimmt, sondern auch noch mit konstruktiven Ideen bedacht wird. Weil die komplizierte innere Struktur Belgiens nie ein Hemmschuh war für die Weiterentwicklung der Europäischen Union." (11.06.2007)

[» zur Homepage \(Süddeutsche Zeitung\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Politik](#), [» Belgien](#), [» Europa](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Cornelia Bolesch](#)

Österreich - Die Presse

Für Regina Pöll vertieft der Ausgang der belgischen Wahlen die Gespaltenheit des Landes. Der mutmaßliche neue Premier Yves Leterre, jetziger Ministerpräsident von Flandern, werde entschiedener als seine Vorgänger auf eine Autonomie der Regionen betreiben. "Dies ist vor allem den Frankophonen im Süden, der viel ärmeren Region Wallonien, ein Dorn im Auge. Denn bisher profitieren sie von einem starken Zentralstaat und dem damit verbundenen Finanzausgleich aus dem wirtschaftlich besser entwickelten Flandern. Verstärkt werden die separatistischen Tendenzen durch eine Reihe von Faktoren. Zu Leterrés konservativem Wahlbündnis gehört neben den Christdemokraten auch die separatistische flämische Splitterpartei N-VA. **Der rechtsextreme Vlaams Belang, ehemals Vlaams Blok, dürfte nun auch bei landesweiten Wahlen zur zweitstärksten Kraft in Flandern aufgestiegen sein.**" (11.06.2007)

[» zum ganzen Artikel \(externer Link, deutsch\)](#)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen [» Politik](#), [» Belgien](#)

Alle verfügbaren Texte von [» Regina Pöll](#)

11.06.2007 www.mdr.de

Erste Konsequenzen nach Überfall in Halberstadt

Halberstadt: Nach dem brutalen Überfall von Rechtsextremisten auf eine Theatergruppe gibt es erste Konsequenzen. Die Halberstädter Polizei-Chefin Marschalk sagte, der zuständige Dienstgruppenleiter sei von seiner Position entbunden worden. Bei dem Polizei-Einsatz nach dem Überfall seien zahlreiche Fehler gemacht worden. Dazu liefen derzeit Ermittlungen. - Die Polizei hat inzwischen den ersten von acht mutmaßlichen Tätern festgenommen. Der einschlägig vorbestrafte 22-Jährige war zwar kurz nach der Tat vernommen, dann aber laufen gelassen worden. - Auf Antrag der Linkspartei wird sich am Donnerstag der Magdeburger Landtag mit dem Überfall in Halberstadt befassen. Ministerpräsident Böhmer hat den Übergriff bereits verurteilt.

11.06.2007 www.mdr.de

Gedenken an Alberto Adriano in Dessau

Dessau: Mit einer Gedenkfeier im Stadtpark ist an den gewaltsamen Tod des Mosambikaners **Alberto Adriano** vor sieben Jahren erinnert worden. Vertreter der Stadt und Einwohner legten Blumen nieder. Sachsen-Anhalts Sozialministerin Kuppe sagte, die Menschen dürften vor extremistischen Straftaten nicht in die Knie gehen, sondern müssten Zivilcourage zeigen. - Der Mosambikaner **Adriano** war im Juni 2000 von drei Neonazis zusammengeschlagen worden und an seinen schweren Verletzungen gestorben. Die Täter wurden zu langen Haftstrafen verurteilt.

11.06.2007 Der Tagesspiegel: Zentralrat der Juden übt massive Kritik an Fehlverhalten der Polizei in Sachsen-Anhalt

Berlin (ots) - Berlin/Magdeburg - Nachdem sich die Polizei in Sachsen-Anhalt erneut bei der Bekämpfung rechtsextremer Kriminalität ein schweres Versäumnis geleistet hat, äußert der Zentralrat der Juden in Deutschland massive Kritik. Das Verhalten der Beamten beim Überfall von Neonazis auf junge Theaterschauspieler in Halberstadt sei "erschreckend", sagte der Generalsekretär des Zentralrats, Stephan J. Kramer, am Montag dem Tagesspiegel. Er habe nicht den Eindruck, dass sich die Polizei in Sachsen-Anhalt darüber klar ist, "dass eine Bewusstseinsänderung dringend notwendig ist", betonte Kramer. In der Nacht zu Sonnabend hatten Beamte einen polizeibekanntem rechtsextremen Schläger, der an dem brutalen Angriff auf die Schauspieler beteiligt war, nur überprüft und dann wieder laufengelassen.

Obwohl die Landesregierung unter dem Motto "Hingucken!" eine lobenswerte Kampagne gegen den Rechtsextremismus intiiert habe, "vermisse ich die längst überfällige Aufklärungsarbeit in der Polizei", sagte

Kramer. Er wolle die Beamten nicht pauschal als rechts abstempeln, doch offenkundig gebe es in der Polizei von Sachsen-Anhalt ein "strukturelles Problem". Kramer verwies auf weitere Vorfälle, bei denen Beamte versagt hatten. So ließen Beamten vor zwei Jahren in Zerbst einen rechten Schläger laufen, der einem Punk ein Auge ausgeschlagen hatte. Der Täter griff am selben Abend ein weiteres Opfer an. Im Oktober 2006 blieb die Polizei passiv, als sie von einem geplanten rechtsextremen Überfall auf Linke in Gerwisch erfuhr. Der Angriff geschah und die ersten Beamten, die am Tatort eintrafen, schlossen sich in ihrem Streifenwagen ein. Im Mai dieses Jahres wurde nach Recherchen des Tagesspiegels bekannt, dass der Vizechef der Polizeidirektion Dessau drei untergebene Staatsschützer aufgefordert haben soll, weniger intensiv gegen rechtsextreme Kriminalität zu ermitteln. Der Spitzenbeamte soll sich auch verächtlich über die "Hingucken!"-Kampagne geäußert haben.

Pressekontakt:

Thomas Wurster

cvd@tagesspiegel.de

Der Tagesspiegel

Telefon: 030-260 09-308

Chef vom Dienst

Fax: 030-260 09-622

11.06.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/24/rechte-halberstadt?from=24hNL>

+++ Neonazis: Auf dem rechten Auge blind +++

Nach dem Überfall auf eine Theatergruppe in Halberstadt räumt die Polizei Fehler ein. Es ist nicht das erste Mal, dass sie versagt hat

12.06.2007 Strafv ereitelung im Amt?

Erste Festnahme nach Neonaziüberfall auf Theaterensemble in Halberstadt. Schwere Vorwürfe gegen die Polizei. Innenminister kündigt »interne Untersuchung« an von Jörn Boewe

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-12/037.php>

12.06.2007 Klezmer verboten, NPD-Aktion erlaubt

Heiligenstadt im Eichsfeld: Ordnungsamt erklärte jüdische Band zum »Sicherheitsrisiko« von Kai Budler, Göttingen

→ <http://www.jungewelt.de/2007/06-12/039.php>

12.06.2007 <http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/4587806.html>

Nach Überfall in Halberstadt - "Miteinander" fordert bessere Schulung von Polizisten

Nach dem umstrittenen Vorgehen von Polizisten nach einem Überfall Rechtsextremer auf Schauspieler wird nun die Ausbildung der Beamten hinterfragt.

13.06.2007 »Nicht die Moschee stört, sondern die Rassisten«

Köln: Rechte Bürgerbewegung demonstriert mit Neofaschisten gegen Minarette. Kritik an Äußerungen Giordanos. Ein Gespräch mit Claus Ludwig von Markus Bernhardt

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-13/037.php>

13.06.2007 Kein Bock auf Pro Köln

Rechtsextremisten wollen Moscheebau in Domstadt verhindern. Schriftsteller Giordano mischt mit. Antifaschisten wollen rechten Aufmarsch am Sonnabend verhindern von Markus Bernhardt

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/06-13/049.php>

13.06.2007 Kein Wort über Widerstand im Lager

Dauerausstellung in KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora blendet illegale Häftlingsorganisation aus von Leo Kuntz

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-13/050.php>

13.06.2007 www.md.de

Touristen sagen Besuch in Halberstadt ab

Halberstadt: Nach dem rechtsradikalen Überfall auf Theaterleute haben die ersten Touristen ihren Besuch in der Stadt abgesagt. Darüber informierte Oberbürgermeister Henke in der Magdeburger Volksstimme. So hätten Reisegruppen aus Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ihre Buchungen storniert. Auch das Kulturforum Hamburg habe eine Kurzreise abgesagt. - Am Wochenende waren in Halberstadt 5 Theaterleute von Neonazis verprügelt worden.

13.06.2007 www.tageschau.de

* **CSU Regensburg: Fürst-Kritiker lassen Ämter ruhen**

Neues Kapitel in der Regensburger CSU-Affäre: Drei Stadträte legen ihre Ämter nieder. Den Kritikern rechter Umtriebe in der Partei wird selbst eine rechte Gesinnung vorgeworfen. [br]

13.06.2007 Lausitzer Rundschau: Polizeipanne nach rechtsextremem Überfall in

Halberstadt Alarmsignal

Cottbus (ots) - Die Polizei von Halberstadt kämpft um ihren Ruf. Eine zehnköpfige Ermittlungsgruppe arbeitet mit Hochdruck daran, die vermutlich rechtsextremistischen Schläger dingfest zu machen, die am Samstag eine Gruppe von Theaterleuten angegriffen hatten und fünf davon krankenhausreif prügelten.

Dabei könnten zumindest einige dieser Gewalttäter schon wie ihr Anführer in Untersuchungshaft sitzen, wenn die Beamten, die zu Hilfe gerufen wurden, angemessen reagiert hätten. Doch die beschäftigten sich lieber mit den Opfern als mit den Angreifern, die so ohne Mühe entkamen.

Es ist nicht das erste Mal, dass Polizisten in Sachsen-Anhalt durch mangelnde Konsequenz und Kompetenz im Umgang mit Rechtsextremisten auffallen. Ob mangelnde politische Bildung, Bequemlichkeit oder stille Sympathie mit dem braunen Rand die Ursache dafür ist, kann nur vermutet werden. Für den verheerenden Eindruck, den solche Beamte hinterlassen, ist es jedoch egal.

Die Forderung nach härteren Strafen für rechtsextreme Schläger, wie sie jetzt von Sachsen-Anhalts Justizministerin Angela Kolb (SPD) erhoben wird, wirkt wie Theaterdonner, wenn Streifenpolizisten am Tatort so eklatant versagen. Halberstadt ist deshalb ein Alarmsignal, nachlässige Polizisten endlich wachzurütteln oder sich von ihnen zu trennen.

Pressekontakt:
Telefon: 0355/481231

Rückfragen bitte an:
Fax: 0355/481247

Lausitzer Rundschau
lr@lr-online.de

13.06.2007 Der Tagesspiegel: Sachsen-Anhalts Innenminister Hövelmann zum Kampf gegen Rechtsextremismus: "Halberstadt war einfach unprofessionell"

Berlin (ots) - Angesichts der Serie von Blamagen der Polizei bei der Bekämpfung rechtsextremer Kriminalität übt Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) Selbstkritik. "Wir haben offensichtlich Nachholbedarf in puncto Qualität und Qualifizierung unserer Beamtinnen und Beamten", sagte Hövelmann jetzt im Gespräch mit dem Tagesspiegel. Leider sei die Notwendigkeit einer engagierten Bekämpfung der rechten Kriminalität noch nicht allen Polizisten "in Fleisch und Blut übergegangen". Der Minister rügte auch in scharfen Worten die Versäumnisse der Polizei nach dem Überfall von Neonazis auf eine Gruppe von Theaterschauspielern in Halberstadt. Die Beamten hatten in der Nacht zu Sonnabend einen einschlägig vorbestraften Täter laufen lassen, der zudem nur auf Bewährung in Freiheit war. Das Verhalten der Beamten "war einfach unprofessionell", sagte Hövelmann. Ein Funkspruch in der Dienststelle hätte genügt, um herauszubekommen, "welche kriminelle Biografie der Neonazi hat, der gerade überprüft wird". Der Minister kritisierte auch den in der Tatnacht zuständigen Dienstgruppenleiter. Dieser habe den Einsatz weder koordiniert noch geführt und die Beamten vor Ort in der unübersichtlichen Situation alleine gelassen, monierte Hövelmann.

Grundsätzlich mache die Polizei aber einen guten Job, sagte der Minister. Das zeige auch die deutliche Abnahme rechtsextremer Straftaten in den ersten fünf Monaten dieses Jahres.

Pressekontakt:
Thomas Wurster
cvd@tagesspiegel.de

Der Tagesspiegel
Telefon: 030-260 09-308

Chef vom Dienst
Fax: 030-260 09-622

14.06.2007 »Keine Anhaltspunkte für NPD-Informanten bei Polizei« Dresdner Staatsanwalt sieht nach Behauptungen der sächsischen Linksfraktion keinen Anlaß für Ermittlungen. Ein Gespräch mit Jürgen Schär von Markus Bernhardt

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-14/013.php>

14.06.2007 www.mdr.de

Landtag von Sachsen-Anhalt berät über Überfall von Halberstadt

Magdeburg: Der Landtag von Sachsen-Anhalt berät heute über den rechtsradikalen Überfall von Halberstadt. Die Parteien wollen sich mit der Frage befassen, welche Konsequenzen im Kampf gegen den Rechtsextremismus nötig sind. Zur Sprache kommen sollen auch die Pannen beim Polizei-Einsatz nach dem Überfall. Die Bundesgeschäftsführerin der Grünen, Lemke, forderte Sachsen-Anhalt auf, entschlossener gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Lemke sagte MDR INFO, die Landesregierung müsse auch klären, was in der Justiz, bei der Polizei und im politischen Apparat alles falsch laufe. - Nach dem Überfall in Halberstadt war gestern Haftbefehl gegen einen zweiten mutmaßlichen Täter erlassen worden.

14.06.2007 www.dradio.de

Dritter Verdächtiger im Zusammenhang mit Überfall von Halberstadt festgenommen

Nach dem Überfall auf eine Theatertruppe in Halberstadt ist ein dritter Verdächtiger festgenommen worden. Wie die Polizei mitteilte, wird er ebenfalls der rechten Szene zugeordnet. Die Fahnder seien dem Mann durch Hinweise von Zeugen auf die Spur gekommen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft wies Vorwürfe gegen Beamte im Zusammenhang mit der Tat zurück. Die Darstellung, die Polizei in Sachsen-Anhalt handele nicht entschlossen genug und habe es aufgegeben, sich mit Neonazis anzulegen, sei falsch, erklärte die Gewerkschaft.

14.06.2007 Der Tagesspiegel: Afrikaner wurde in Bernburg von Rechtsextremisten bedroht, eine Frau bewarf ihn mit Steinen - doch die Polizei verweigerte die Aufnahme einer Anzeige

Berlin (ots) - In Sachsen-Anhalt gibt es nach Informationen des Tagesspiegels in zwei weiteren Fällen Versäumnisse der Polizei bei der Bekämpfung rechter Kriminalität. Betroffen war jedesmal ein Asylbewerber aus Burkina Faso. Er wurde in Bernburg bedroht und mit Steinen beworfen. Doch die Polizei nahm zunächst keine Anzeige auf.

Fall eins: Am 29. Juli 2006 näherte sich ein Wagen mit rechtsextrem aussehenden Personen dem Afrikaner. Die Insassen riefen "Hau ab", ein Mann stieg aus und lief dem Asylbewerber nach. Der flüchtete in die nahe Polizeistation. Die Beamten überprüften die Clique und stellten fest: Ein Mann ist einschlägig als Rechtsextremist bekannt. Doch die Polizei habe es abgelehnt, eine Anzeige wegen Bedrohung aufzunehmen, sagte der Afrikaner dem Tagesspiegel. Die Beamten hätten kein Delikt gesehen, erwiderte der Leiter des Reviers Bernburg, Polizeioberrat Wolfgang Berger, auf Anfrage des Tagesspiegels. Es habe aber intern eine "kritische Auswertung" gegeben.

Fall zwei: Am 24. September 2006 schimpfte eine angetrunkene junge Frau "Scheiß Neger". Der Asylbewerber wehrte sich verbal und ging.

Die Frau warf von einer nahen Baustelle zwei Steine, einer traf den Afrikaner im Rücken. Als der Flüchtling sah, dass sich die Frau nach einem dritten Stein bückte, lief er hin und schlug ihr ins Gesicht. Und er nahm die zwei geworfenen Steine an sich.

Die Frau ging zur Polizei und erstattete Anzeige. Beamte suchten den Flüchtling im Heim auf. Er zeigte die Schürfwunde am Rücken und übergab als Beweisstücke die Steine. "Sowas passiert eben" hätten die Beamten gesagt und keine Anzeige aufnehmen wollen, erinnert sich der Afrikaner. Revierleiter Berger gibt zu, die Beamten hätten schon von Amts wegen sofort dem Verdacht auf Körperverletzung nachgehen müssen. Doch erst zwei Tage später nahm ein Staatsschützer der Direktion Dessau die Anzeige des Afrikaners auf. Er habe auch in diesem Fall das Verhalten der Untergebenen "intensiv kritisiert", sagte Berger, aber auf disziplinarische Ermittlungen verzichtet.

Pressekontakt:
Thomas Wurster
cvd@tagesspiegel.de

Der Tagesspiegel
Telefon: 030-260 09-308

Chef vom Dienst
Fax: 030-260 09-622

14.06.2007 www.mdr.de

Dritter Haftbefehl nach Überfall auf Schauspieler in Halberstadt

Halberstadt: Nach dem rechtsradikalen Überfall auf eine Theatergruppe ist gegen einen dritten mutmaßlichen Täter Haftbefehl erlassen worden. Ein Polizeisprecher sagte, ihm werde gefährlicher Körperverletzung vorgeworfen. Der 24-Jährige wird wie auch die beiden anderen in U-Haft sitzenden jungen Männer der rechten Szene zugeordnet. - In Magdeburg verurteilten heute alle Landtagsfraktionen den Überfall. Innenminister Hövelmann sagte, der Kampf gegen Rechtsextremismus sei eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Er lasse es nicht zu, dass die Polizei aus Unmut über ein gesamtgesellschaftliches Problem als Prügelnabe herhalten müsse.

14.06.2007 "Panorama": Dessauer Polizeiaffäre um Vertuschung rechter Straftaten spitzt sich zu - Ministerpräsident erwägt Konsequenzen

Hamburg (ots) - Sendetermin: Donnerstag, 14. Juni, 21.45 Uhr, Das Erste

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer erwägt, Konsequenzen aus dem Verhalten des stellvertretenden Dessauer Polizeipräsidenten Hans-Christoph Glombitza zu ziehen. Glombitza soll polizeiliche Staatsschützer aufgefordert haben, bei rechten Straftaten "weniger hinzuschauen". Böhmer sagte dem NDR-Magazin "Panorama", der Vorgang werde derzeit geprüft: "Wenn sich dies bestätigen sollte, dann bekommt der Betroffene ein riesiges Problem."

Den Bericht zum Thema zeigt "Panorama" am Donnerstag, 14. Juni, um 21.45 Uhr im Ersten.

Die umstrittenen Äußerungen sollen im Februar in einem Gespräch zwischen Glombitza und drei Dessauer Staatsschützern gefallen sein.

Der stellvertretende Polizeipräsident soll seine Anweisung zum "weniger Hinschauen" laut dem "Panorama" vorliegenden Gedächtnisprotokoll der Staatsschützer damit begründet haben, dass über die Zunahme der Ermittlungsverfahren und die hohen Fallzahlen "niemand glücklich" sei. Das Ansehen des Landes könne dadurch nachhaltig geschädigt werden. Glombitza habe dann den Staatsschützern nahegelegt, sie könnten beispielsweise Berichte "langsamer schreiben".

Glombitza lehnt eine Stellungnahme zu den Behauptungen ab. Auch seine Vorgesetzte, die Dessauer Polizeipräsidentin Brigitte Scherber-Schmidt, will "keine Interviews zu dienstlichen Angelegenheiten geben". Dagegen haben die Staatsschützer eidesstattlich versichert, das interne Dienstgespräch korrekt wiedergegeben zu haben. Dieses Protokoll gelangte dann an die Öffentlichkeit. In Folge wurden die Beamten innerhalb der Polizei versetzt.

Nun bitten sie in "Panorama" um die Rückkehr auf ihre alte Dienststelle: "Ich bin enttäuscht, diese Arbeit hat mir sehr viel Spaß gemacht", sagt der ehemalige Dessauer Staatsschutzleiter Sven Gratzik. Der Experte für rechtsextremistische Gewalt muss sich künftig in Köthen um entlaufene Katzen und Ruhestörer kümmern. Auch der ehemalige Sachbearbeiter im Staatsschutz Christian Kappert bedauert seine Versetzung in den zentralen Einsatzdienst Dessau. "Ich habe meine vorige Verwendung sehr gerne gemacht. Jetzt muss ich den fließenden Verkehr überwachen."

Ministerpräsident Böhmer signalisiert gegenüber "Panorama" ein mögliches Einlenken: "Selbstverständlich, wenn es sich herausstellt, dass sie ungerechtfertigt versetzt worden sind, wird das rückgängig gemacht."

Pressekontakt: NDR Norddeutscher Rundfunk
NDR Presse und Information Telefon: 040 / 4156 – 2300 Fax: 040 / 4156 - 2199

14.06.2007 Aktion Wegschauen - wie die Polizei Rechtsextreme schont **Sendung vom 14.06.2007 21:45 Uhr Panorama**

Eigentlich wollte die Theatergruppe aus Halberstadt nur ihre Premiere feiern. Stattdessen werden sie von Nazis angegriffen und auf offener Straße brutal verprügelt. Als die Polizei anrückt, stehen die Täter noch immer am Tatort - doch festgenommen wird keiner von ihnen. Die Polizei in Sachsen-Anhalt schaut weg. Ein Verhalten, das offenbar System hat. In der Polizeidirektion Dessau bekamen Polizisten angesichts der hohen Zahl rechtsextremer Straftaten sogar die Anweisung, etwas weniger zu arbeiten. Drei Staatsschützer, die erfolgreich gegen Nazis ermittelten, wurden zum Dienstgespräch zitiert - und vom stellvertretenden Polizeipräsidenten angeblich darauf hingewiesen, "dass man nicht alles sehen müsse." Die Polizei äußert sich nicht zu dem Fall. Die Beamten aber wurden inzwischen versetzt. Statt Nazis zu jagen heißt es für jetzt Streife Laufen und Radarfallen aufstellen ...

14.06.2007 Betreff: Mahnende Erinnerung - Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt **Zur Information!**

Mit freundlichen Grüßen
Mahnende Erinnerung

Horst Kowarsch

Zum 7. Todestag von Alberto Adriano, der nach einem Angriff von Rechtsextremen am 14. Juni 2000 starb, erklärt Steffi Lemke, Politische Bundesgeschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen:

"Wir gedenken heute Alberto Adriano, der Opfer einer feigen Jagd von Neonazis in Dessau geworden ist. Unser Mitgefühl gehört auch heute seiner Familie.

Rechte Gewalt ist leider mehr denn je allgegenwärtig. Das haben die Vorfälle in Halberstadt erneut auf erschreckende Art und Weise deutlich gemacht. Dass sich der Landtag von Sachsen-Anhalt gerade heute wieder mit einem rechtsextremistischen Überfall auseinandersetzen muss, ist ein erschreckendes Signal. Allen Beteuerungen zum Trotz: die Landesregierung in Sachsen-Anhalt, insbesondere der Ministerpräsident tun im Kampf gegen Rechts nicht genug. Im Gegenteil: Kurz nach Amtsantritt versuchte der Ministerpräsident, bestehende Strukturen im Kampf gegen Rechts zu zerstören. Strukturen, die für das stehen, was er jetzt einfordert:

Bürgerengagement, Aufklärungs- und Bildungsarbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Jetzt zu behaupten, es gäbe keine Versäumnisse, ist entweder zynisch oder politisch borniert.

Rechte Gewalt ist nach wie vor eine Bedrohung für Menschenleben und die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Landes. Alle demokratischen Kräfte dieses Landes haben die Pflicht, gegen die Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht, engagiert und glaubhaft kämpfen.

Hoffentlich erwacht auch die Landesregierung Sachsen-Anhalt endlich aus ihrer Starre und schreitet mutig gegen Rechts voran."

Horst Kowarsch Dienstlich: Bündnis 90/Die Grünen Odenwald
Kreis- und Fraktionsgeschäftsführer Marktplatz 2
64720 Michelstadt Tel. und Fax: 06061/979232 Email: grueneODW@t-online.de
www.gruene-odenwald.de

15.06.2007 *GRUENE fordern umfassende Aufklärung*

"Es ist bitter, dass Nazis in Sachsen-Anhalt erneut ungestoert Menschen ins Krankenhaus gepruegelt haben. Die eklatanten Fehler der Beamten vor Ort sind erschreckend." so Steffi Lemke, Politische Bundesgeschäftsfuehrerin.

http://www.gruene.de/cms/default/dok/186/186194.umfassende_aufklaerung_bitter_noetig.htm

15.06.2007 ww.mdr.de

Anklage gegen zwei Tatverdächtige von Halberstadt erhoben

Halberstadt: Knapp eine Woche nach dem brutalen Überfall auf eine Theatergruppe hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen zwei Tatverdächtige erhoben. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, wird den Männern gemeinschaftliche schwere Körperverletzung vorgeworfen. Über den Termin für das Verfahren müsse nun das Amtsgericht Halberstadt entscheiden. - Zuvor hatte die Polizei einen vierten Tatverdächtigen festgenommen. Er soll noch heute von einem Haftrichter vernommen werden. Mehrere Neonazis hatten am Sonnabend die Theatergruppe überfallen. Dabei wurden fünf Schauspieler schwer verletzt.

15.06.2007 Augenzeugenbericht vom vergangenen Wochenende aus Halberstadt...

Freitag, 08.06.2007, pünktlich um 20:00 Uhr begann die Premiere der 'Rocky Horror Show' im Harzer Bergtheater in Thale. Nach der überstandenen Vorstellung machte sich ein großer Teil des Ensembles auf den Weg zur Premierenfeier in das Restaurant 'Saloniki' (Kühlinger Straße) in Halberstadt. Essen, Trinken, Essenirgendwann war es um 02:30 Uhr, die Gruppe auf ca. 12 Leute geschrumpft, wir beschlossen den Mitarbeitern der Gaststätte ihren Feierabend zu gönnen und machten uns auf den Weg zum 'Spucknapf'. Der Türsteher verweigerte jedoch einer Person unserer Gruppe aufgrund des Aussehens bzw. der Kleidung den Zutritt, mit der Begründung er 'dürfe keine Punk's, Rechts-o. Linksradikale in das Lokal lassen'. Nach einer kurzen Diskussion mit dem deutlich rechtsorientierten Türsteher entschlossen wir uns zu gehen. Entweder dürfen alle hinein oder es geht keiner! Wir blieben noch eine Weile vor dem Eingang, beobachtet von weiteren rechtsorientierten Gestalten und überquerten dann die Kreuzung. Auf der anderen Straßenseite (Freifläche vor dem 'Clubhaus') überlegten wir nun wohin wir gehen sollten. Drei von uns waren schon auf Höhe der Theaterkasse, als plötzlich ca. 8-9 Neonazis von der Treppe des Clubhauses auf uns zustürmten.

Sie schlugen auf unsere 5 männlichen 'Begleiter' ein, bis sie verletzt und stark blutend auf der Erde lagen und sie mit dem Treten beginnen konnten. Wir riefen die Polizei, versuchten uns und die Verletzten in Sicherheit zu bringen, obwohl dies so gut wie unmöglich war, nach ca. 5-10 Minuten traf die Polizei ein. Die Neonazis spazierten in Gruppen von je zwei Mann langsam davon. Wir baten die Beamten zunächst höflich die Täter zu verfolgen, sie taten NICHTS sondern waren der Meinung, sie müssen zuerst unsere Personalien aufnehmen. Nach weiteren Aufforderungen die Schläger zu verfolgen passierte trotzdem nichts! Die Neonazis sind vor den Augen der Polizei davon spaziert!

Warum? Hatten 2 Beamte mit Dienstwaffen wirklich Angst vor 2 Neonazis, ohne Waffen??? Wohl kaum!!! Die Beamten kamen dann nach einiger Zeit auf die Idee einen (bzw. 2) Krankenwagen zu rufen. Ca.03:15 Uhr trafen die Verletzten im Krankenhaus ein.

Währenddessen ließen die Beamten 4 weibliche und eine männliche Person am Ort des Geschehens zurück, ohne sich auch nur ein wenig dafür zu interessieren wie diese nach Haus kommen sollten (auf die Frage, ob sie uns denn begleiten oder fahren könnten, antworteten sie nicht). Zu fünft, kurz vor der nächsten Kreuzung (Harmoniestraße - 'Theaterdöner') sahen wir dort ca. 5 von den Schlägern stehen und laut grölen. Wir riefen sofort die Polizei, nach genau 15 Minuten kamen die Beamten an! Natürlich waren die Neonazis verschwunden und wir durften uns Vorwürfe von den Beamten machen lassen: 'Warum haben Sie uns denn angerufen, hier ist doch niemand!'

Einige Zeit später am Krankenhaus angekommen, warteten unsere Verletzten immer noch auf medizinische Versorgung. Es hieß, es gäbe keine Notaufnahme, wir warteten ca. 1 Stunde auf der Station A1 bis der 1. versorgt wurde. Der letzte musste 2,5 Stunden warten! Der Chefarzt kam erst gegen 6:00 Uhr an. Er erklärte uns, er sei aus Halberstadt aufgrund der Neonazis weggezogen, und wir sollten es doch genauso machen! Herausgekommen sind : 1 aufgeplatzte Lippe + Prellungen und Abdrücke von Springerstiefeln am ganzen Körper, die im OP genäht werden mussten, 1 gebrochenes Nasenbein + Prellungen, noch ein gebrochenes Nasenbein und ein verletztes Auge, Verletzungen der Unterkiefer, herausgeschlagene Schneidezähne..... und der seelische Schaden bei allen Beteiligten!

Nach ca. 3,5 Stunden im Krankenhaus wurden die körperlich Unversehrten zum Polizeirevier gefahren, immer noch mit teilweise blutverschmierter Kleidung. Dort warteten wir wieder ca. 5 Stunden bis mit der 1. Vernehmung begonnen wurde! Zum Teil vollkommen unfähige Beamten haben uns (je ca. 1-2 Stunden) vernommen, ohne Interesse an dem Fall zu zeigen! Im Gegenteil, teilweise ließ das Verhalten und die Äußerungen einiger Beamten nur einen Schluss zu: Sie heißen das Geschehene gut! (Dies gilt allerdings nicht für alle Beamten!)

Um 12:00 Uhr verließ dann auch die letzte Zeugin das Revier! Das Verhalten der Beamten wird einige Disziplinarverfahren zur Folge haben. Einen der Täter haben sie 'gefasst' und nach einer kurzen Befragung auf dem Revier wieder gehen lassen.

Aufgrund der vielen Verletzten musste die Vorstellung am Samstag in Thale abgesagt werden!

Noch vor kurzer Zeit habe ich gedacht, dass mir so etwas nie passieren würde, aber es kann jeden treffen, und wir müssen endlich etwas gegen den Rechtsradikalismus tun! Es kann nicht sein, dass man sich in seiner Heimatstadt nicht mehr aus der eigenen Wohnung traut aus Angst vor irgendwelchen minderbemittelten Gestalten.

Deshalb bitte ich euch, schickt diese Mail an so viele Menschen wie möglich, damit allen klar wird, dass

etwas getan werden muss! Vielleicht fügt ihr auch einfach noch eure eigenen Erfahrungen mit Rechtsradikalen hinzu...

Vielen Dank!

Dr. Peter Krahulec Gerloser Weg 12 D - 36039 Fulda

15.06.2007 <http://www.bpb.de/veranstaltungen/S116ZO>

Neuer Antisemitismus- 15.06.2007 Essen

Jüngste Studien aus dem Jahr 2006 zeigen, dass in westeuropäischen Einwanderungsgesellschaften die Zahl antisemitischer Übergriffe stark angestiegen ist. Neben rechtsextremen Gewalttätern treten auch junge Täter mit muslimischen Hintergrund in Erscheinung.

17.06.2007 www.tagesschau.de

* **Anti-NPD-Demonstration: Mehr als 100 Festnahmen**

Bei einer Demonstration gegen Rechtsextremismus in der Oberpfalz sind mehr als 100 Teilnehmer aus der autonomen Szene von der Polizei in Gewahrsam genommen worden. [br]

18.06.2007 Demonstrationen pro und kontra Moschee

Randale in Köln. Rechte Spontandemo aufgelöst

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-18/038.php>

20.06.2007 Aufregung über Festnahme bei Antifa-Demo Kölner Behörden verbreiten

Falschmeldung über Ingewahrsamnahme eines linken Ratsmitglieds von Alexander Schmidt

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-20/039.php>

20.06.2007 Bürger alleingelassen

Bundesinnenminister sieht keinen Handlungsbedarf gegen international aktiven Verein zur Unterstützung von Holocaustleugnern in Vlotho. Bündnis organisiert erneut Protest von Hans Daniel

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/06-20/001.php>

20.06.2007 Als Opfer dritter Klasse behandelt

Die Gedenkstätte Ravensbrück zeigt eine Ausstellung über Sex-Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern von Yvonne Klomke

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-20/002.php>

20.06.2007 Der Tagesspiegel: Neonazis immer brutaler: Deutlich mehr Opfer rechter Gewalt in den ersten vier Monaten 2007

Berlin (ots) - Berlin - Das vergangene Jahr endete schon mit einem traurigen Rekord rechtsextremer Straftaten, doch 2007 könnte noch schlimmer werden. Vor allem die Brutalität brauner Schläger ist nicht zu stoppen. In den ersten vier Monaten haben die Landeskriminalämter nach Informationen des Tagesspiegels bundesweit 214 rechte Gewaltdelikte registriert, im selben Zeitraum des Vorjahres waren es 180. Drastischer noch ist die Zahl der Verletzten gestiegen: Von Januar bis April wurden 205 Menschen Opfer rechter Gewalt, das sind

65 mehr, als die Bundesregierung im ersten Drittel des Jahres 2006 gemeldet hatte.

Die Zahlen entstammen den monatlichen Antworten der Bundesregierung auf Anfragen von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) und ihrer Fraktion zu rechter Kriminalität. Die Angaben liegen dem Tagesspiegel vor. Die Regierung betont, die Zahlen seien vorläufig und könnten sich noch erheblich ändern. Dies bedeutet nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass die Polizei viele rechte Delikte nachmeldet und die Monatswerte auch später weiter steigen.

Ein Trend zu neuen Höchstständen lässt sich auch bei anderen Zahlen nicht ausschließen. Insgesamt stellten die Landeskriminalämter von Januar bis April 3522 rechte Delikte fest, 33 mehr als sie in den vier Monaten des Jahres zuvor gemeldet hatten. Als Tatverdächtige wurden 2079 Neonazis und andere Rechte (Januar bis April 2006: 1989) benannt. Vorläufig festgenommen hat die Polizei aber nur 278 (230). Und die Zahl der Haftbefehle, schon im ersten Drittel des Vorjahres mit zehn sehr niedrig, sank jetzt auf vier - trotz des enormen Anstiegs der Zahl der Opfer rechter Gewalt.

Bundestagsvizepräsidentin Pau nannte die neuen Zahlen "alarmierend". Die wenigen Haftbefehle seien allerdings "unerklärlich". In Sicherheitskreisen hieß es, zunehmende Brutalität gebe es nicht nur Rechtsextremisten, sondern generell bei jungen Tätern.

Pressekontakt:

Thomas Wurster

cvd@tagesspiegel.de

Der Tagesspiegel

Telefon: 030-260 09-308

Chef vom Dienst

Fax: 030-260 09-622

20.06.2007 <http://www.zeit.de/online/2007/26/rechte-gewalt?from=24hNL>

+++ Gewalt: Neonazis immer brutaler +++

Neue Zahlen deuten auf einen Anstieg rechter Gewalttaten hin

Das vergangene Jahr endete schon mit einem traurigen Rekord rechtsextremer Straftaten, doch 2007 könnte noch schlimmer werden. Vor allem die Brutalität brauner Schläger ist nicht zu stoppen. In den ersten vier Monaten haben die Landeskriminalämter nach Informationen des *Tagesspiegels* bundesweit 214 rechte Gewaltdelikte registriert, im selben Zeitraum des Vorjahres waren es 180. Drastischer noch ist die Zahl der Verletzten gestiegen: Von Januar bis April wurden 205 Menschen Opfer rechter Gewalt, das sind 65 mehr, als die Bundesregierung im ersten Drittel des Jahres 2006 gemeldet hatte.

Die Zahlen entstammen den monatlichen Antworten der Bundesregierung auf Anfragen von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) und ihrer Fraktion zu rechter Kriminalität. Die Regierung betont, dass die Zahlen vorläufig seien und sich noch erheblich ändern könnten. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre bedeutet dies jedoch, dass die Polizei viele rechte Delikte nachmeldet und die Monatswerte auch später weiter steigen.

Ein Trend zu neuen Höchstständen lässt sich auch bei anderen Zahlen nicht ausschließen. Insgesamt stellten die Landeskriminalämter von Januar bis April 3522 rechte Delikte fest, 33 mehr als sie in den vier Monaten des Jahres zuvor gemeldet hatten. Als Tatverdächtige wurden 2079 Neonazis und andere Rechte (Januar bis April 2006: 1989) benannt. Vorläufig festgenommen hat die Polizei aber nur 278 (230). Und die Zahl der Haftbefehle, schon im ersten Drittel des Vorjahres mit zehn sehr niedrig, sank jetzt auf vier – trotz des enormen Anstiegs der Zahl der Opfer rechter Gewalt.

Bundestagsvizepräsidentin Pau nannte die neuen Zahlen "alarmierend". Die wenigen Haftbefehle seien allerdings "unerklärlich". "In Sicherheitskreisen hieß es, zunehmende Brutalität gebe es nicht nur bei Rechtsextremisten, sondern generell bei jungen Tätern."

20.06.2007 URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/leserbriefe_aus_der_zeitung/?em_cnt=1157622

Gericht befördert Rassismus

Zur Analyse "Ein unbefriedigendes Urteil", FR vom 16. Juni

Wenn Beschimpfungen wie "Scheiß Nigger" "schwarze Sau" und Ähnliches keinen ausreichenden Hinweis auf Rassismus darstellen, was denn dann?

Rassismus zeichnet sich dadurch aus, dass die Beleidigungen auf körperliche Merkmale wie zum Beispiel die Hautfarbe abzielen und Angriffe wegen dieser Merkmale stattfinden. Wenn ein Gericht behauptet, "Scheiß Nigger" wäre ein normales Schimpfwort, dann befördert es aktiv den Rassismus.

Die verbalen Angriffe werden von Rassismus freigesprochen und können nun erst recht unbefangen erfolgen.

Andreas Baumgart, Hamburg

21.06.2007 www.arug.de

Grenzen lokaler Demokratie - Donnerstag, 21. Juni 2007

Studie untersucht zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum

Abweichende Meinungen werden in ländlichen Räumen kaum toleriert. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie "Grenzen lokaler Demokratie – Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum", welche von der grünen Bundestagsfraktion im vergangenen Jahr in Auftrag gegeben worden war.

Die Studie zeigt: Das Problem liegt im Denken großer Bevölkerungsteile, nicht im Handeln sogenannter extremer Randgruppen. **Unabhängig von Bildung, Alter, Geschlecht oder sozialem Status** trifft man in Deutschland auf hohe Zustimmung zu rassistischen und antisemitischen Einstellungen. In ländlichen Regionen, in denen eine Vielfalt von Angeboten häufig fehlt, treten die Erscheinungsformen verstärkt zutage. Alternative Anti-Nazi-Initiativen haben oft einen schweren Stand.

Im ländlichen Raum geht ohne das Engagement der BürgermeisterInnen nichts. Als Grund für die Probleme von Antinazi-Initiativen in Dörfern und Kleinstädten ermittelte die Studie ein **Demokratiedefizit**. "Andere Meinungen in wichtigen politischen Fragen werden kaum ertragen", konstatieren Doris Liebscher (Antidiskriminierungsbüro Leipzig) und Dr. Christian Schmidt (Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig), die AutorInnen der Studie. Entsprechend schwer haben es politische Gruppen, mit ihrer Kritik von den kommunalpolitisch Verantwortlichen gehört zu werden. Wer Kritik an den Behörden übt, gilt schnell selbst als extrem. Dies belegen viele Interviews, die mit Personen von unterschiedlichen Behörden und Initiativen durchgeführt wurden.

Download: [Studie](#) | [Zusammenfassung](#)

Broschüre: Rechtsextremismus in Norddeutschland - Donnerstag, 7. Juni 2007

Mit der Herausgabe der Broschüre "Rechtsextremisten in Norddeutschland" möchte Angelika Beer, Mitglied des Europarlaments, dazu beitragen, dass in ihrer norddeutschen Heimat mehr Klarheit darüber besteht, welche Strategien die Rechtsextremisten verfolgen. Der Text von Andreas Speit gibt einen Überblick über die Entwicklung in Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Die Broschüre kann hier heruntergeladen werden: [Rechtsextremisten in Norddeutschland](#) oder kostenfrei zu beziehen im Berliner Büro von Angelika Beer (Tel.: 030/22770021).

21.06.2007 Dietmar Bartsch: Neonazis und Linke passen zusammen wie Feuer und Wasser

Berlin (ots) - Zu den Auslassungen eines NPD-Politikers erklärt Dietmar Bartsch, Mitglied der Fraktion DIE LINKE und Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE:

Der Versuch von Herrn Marx, uns mit seinen Auslassungen zu schaden, wird genauso wenig aufgehen, wie der Versuch von Herrn Pofalla, uns in die Nähe der NPD zu schieben. Neonazis und Linke passen zusammen wie Feuer und Wasser. Es gibt keinerlei Gemeinsamkeiten, auch wenn die NPD noch so sehr versucht, sich außen- und sozialpolitisch anzubiedern.

Im Gegensatz zur CDU, die 1969 mit der NPD einen Bundespräsidenten wählen wollte, und im Gegensatz zum Rechtspopulisten Schill, der keine Skrupel hatte, ein Bündnis mit dieser Partei anzugehen, weist DIE LINKE die plumpen Anbiederungsversuche der NPD als durchsichtiges Manöver, sich an den politischen Erfolg der Linken anzuhängen, in aller Schärfe zurück.

Es gibt keine Querfront, kein Rechts-Links-Bündnis, keine gemeinsamen Aktionen und wird sie niemals geben. Rechtsextremisten gehören in Deutschland verboten.

Pressekontakt: DIE LINKE. Fraktion im Bundestag
Hendrik Thalheim Tel.: 030/22752800
Mobil: 0172/3914261 Mail: pressesprecher@linksfraktion.de

22.06.2007 www.mdr.de

Rechtsextreme Schulhof-CDs in Sachsen und Bayern beschlagnahmt

Dresden: Die Polizei in Sachsen und Bayern ist gegen die Verbreitung rechtsextremistischer Musik für Jugendliche vorgegangen. LKA-Beamte beschlagnahmten bei Durchsuchungen im Raum Chemnitz, Pirna und Hof mehr als 500 so genannte Schulhof-CDs. Die Staatsanwaltschaft Dresden ermittelt nach Anzeigen von Schülern gegen vier Personen, die die rechtsextremistische Musik vertrieben haben sollen. Die CDs werden vor allem an Schulen und Treffpunkten von Jugendlichen ausgelegt. Die rechte Szene versucht damit, bei jungen Leuten Interesse für ihre Ideologie zu wecken.

22.06.2007 Mitteldeutsche Zeitung: Dessauer

Polizeidirektion/Dienstaufsichtsbeschwerde / Neue Vorwürfe gegen Dessauer Polizei

Halle (ots) - Halle. Die Dessauer Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus und ein Berliner Rechtsanwalt erheben neue Vorwürfe gegen die Dessauer Polizeidirektion. Wie die in Halle erscheinende "Mitteldeutsche Zeitung" in ihrer (Samstag-Ausgabe) berichtet, wirft der Anwalt in einer Dienstaufsichtsbeschwerde mehreren Beamten vor, **Engagement gegen Rechtsextremismus zu kriminalisieren**. Hintergrund ist ein Verfahren, das die Polizei von Amts wegen gegen den Leiter der Netzwerkstelle eingeleitet hatte, weil der im September 2006 auf einer Informationsveranstaltung in Bergwitz (Landkreis Wittenberg) Bilder von einem im Kreis Wittenberg führenden NPD-Mitglied und vom Betreiber eines Ladens gezeigt hatte, der die bei Neonazis beliebte Modemarke "Thor Steinar" anbietet. Angestoßen wurden die Ermittlungen von einem hochrangigen Polizeibeamten, der privat auf der Veranstaltung war. Wegen einer Einschätzung des Netzwerkes zur Rolle der beiden Personen in der rechten Szene wurde auch wegen übler Nachrede ermittelt. Die Staatsanwaltschaft Dessau hat das Verfahren inzwischen eingestellt. Die Vorwürfe seien unbegründet und das Verhalten der Polizei nicht hinnehmbar, kritisierte der Berliner Anwalt. Ein Verstoß gegen das "Recht am eigenen Bild" sei zudem ein Delikt, das nur auf Antrag von Geschädigten verfolgt werde. Die Polizei habe die vermeintlichen Opfer mit ihren Ermittlungen "regelrecht ermutigt", Strafantrag zu stellen - was dann auch geschah. Polizeidirektion und Innenministerium wollten sich zu den Vorwürfen nicht äußern. Die Dienstaufsichtsbeschwerde werde derzeit geprüft.

Pressekontakt: Rückfragen bitte an:
Mitteldeutsche Zeitung Chefredaktion Tel.: 0345/565-4307

22.06.2007 Blick nach Rechts - Die Inhalte der aktuellen Ausgabe:

Gemeinsame Sache

Neonazis und die „Bürgerbewegung pro Köln“ liegen miteinander im Clinch.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe132007/gemeinsamesache/>

„Rassenseelische Unterschiede“ [€]

Das Organ des Bunds für Gotterkenntnis (Ludendorff) vertritt nach wie vor rassistische und revisionistische Positionen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe132007/rassenseelischeunterschiede/>

Propagandamedium [€]

Rechtsextreme nutzen YouTube zur Verbreitung von volksverhetzenden Videos.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe132007/propagandamedium/>

Freispruch gekippt [€]

Jürgen Rieger wurde im Berufungsverfahren wegen Körperverletzung verurteilt.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe132007/freispruchgekippt/>

Aktive Strukturen [€]

Die NPD zeigt im Nordosten eine hohe Übereinstimmung mit NS-Ideologie.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe132007/aktivestrukturen/>

Mangelware Zivilcourage [€]

In Halberstadt gibt es eine ernsthafte rechtsextreme Bedrohung.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe132007/mangelwarezivilcourage/>

Zweifel an Verfassungstreue [€]

Danuben-Mitglied soll kein Staatsdiener werden dürfen.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe132007/zweifelanverfassungstreue/>

Kollaboration an der Seine [€]

Das besetzte Frankreich unterstützte Nazideutschland bei der „Endlösung der Judenfrage“.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe132007/kollaborationanderseine/>

Willi Cohn: Kein Recht nirgends. Tagebuch vom Untergang des Breslauer Judentums 1933-1941 [€]

Ein Chronist jüdischen Lebens in Breslau von 1933 an – er selbst überlebte den nationalsozialistischen Terror nicht.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe132007/unloeschbaespuren/>

Botschaften aus dem Knast

Herford – Grußbotschaften verurteilter Gewalttäter sollen bei der Neonazi-Demonstration am 30. Juni im ostwestfälischen Herford verlesen werden.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/botschaftenausdemknast/>

Initiator der „14 Words“ abgetreten [€]

USA (Terra Haute) - Der US-amerikanische Rechtsterrorist David Lane ist im Alter von 68 Jahren im Staatsgefängnis von Terra Haute im Bundesstaat Indiana verstorben.

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/initiator14wordsabgetreten/>

23.06.2007 URL: [http://www.fr-](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wissen_und_bildung/aktuell/?em_cnt=1159915)

[online.de/in_und_ausland/wissen_und_bildung/aktuell/?em_cnt=1159915](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wissen_und_bildung/aktuell/?em_cnt=1159915)

Rücktritt abgelehnt: Gertrud Höhler im NPD-Miet-Streit unter Druck

Das nach Mietgeschäften mit der NPD in die Kritik geratene Mitglied des Hochschulrates an der Universität Paderborn, Gertrud Höhler, hat einen Rücktritt abgelehnt. Die ehemalige Professorin und...

23.06.2007 www.tagesschau.de

* **CSU-Krise in Regensburg: Erster Schritt zur Einigung**

Der Machtkampf in der Regensburger CSU scheint beigelegt. Die sieben wegen Rechtsextrismus-Vorwürfen umstrittenen Mitglieder dürfen nicht auf die CSU-Liste für die Stadtratswahl. [\[br\]](#)

24.06.2007 www.dradio.de

Rostock: 14 Polizisten bei Randalen von Autonomen verletzt

In Rostock sind in der vergangenen Nacht 14 Polizisten bei Krawallen verletzt worden. Zu den Gewalttätigkeiten kam es, als etwa 150 überwiegend vermummte Autonome einen Laden der rechten Szene in der Innenstadt angriffen. Nach Polizeiangaben wurden 40 Personen in Gewahrsam genommen.

24.06.2007 www.spiegel-online.de

RANDALE IN ROSTOCK

Linksautonome und Rechtsradikale liefern sich Straßenschlacht

Am Rande eines Sommerfests ist es in Rostock zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und Rechtsradikalen gekommen. Rund 200 Polizisten versuchten die Randalen zu stoppen - gerieten aber zwischen die Fronten. Mehrere Beamte wurden verletzt. [mehr...](#)

25.06.2007 »Neonazis besser als Steinewerfer«

Exlandwirtschaftsminister Funke hetzt in der Jungen Freiheit gegen Globalisierungskritiker von Reimar Paul
--> [\[Online-Abo\] http://www.jungewelt.de/2007/06-25/041.php](http://www.jungewelt.de/2007/06-25/041.php)

25.06.2007 Rocky Horror im Harz

Theaterbesuch in Sachsen-Anhalt, wo vor zwei Wochen Schauspieler und Tänzer von Neonazis verprügelt wurden von Sebastian Wessels

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-25/043.php>

26.06.2007 www.arug.de

Neuerscheinungen im Verlag - Dienstag, 26. Juni 2007

Die gerade erschienene Broschüre "**Beratungskonzept**" ([Infos](#)) stellt das Konzept der "Beratung für Eltern und Bezugspersonen aus der rechtsextremen Szene". Die DVD "**Krisenkinder - Radikale Jugendliche, ratlose Eltern**" ([Infos](#)) zeigt anhand zweier Familien, wie Eltern und Geschwister damit umgehen, wenn einer in der Familie in die rechte Szene abdriftet. Von Anton Maegerle ist außerdem die Broschüre "**Rechte und Rechtsextreme im Protest gegen Hartz IV**" ([Infos](#)) erschienen, die sich mit der Besetzung der sozialen Frage und "linken" Protestthemen durch die extreme Rechte beschäftigt.

26.06.2007 www.mdr.de

Prozess nach Brandanschlag auf Asylbewerberheim in Sangerhausen

Halle: Das Landgericht verhandelt wegen eines Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim in Sangerhausen. Vier Angeklagten werden versuchter Mord und besonders schwere Brandstiftung zur Last gelegt. Während drei Männer Molotow-Cocktails in das Gebäude geworfen haben sollen, ist eine Frau als Gehilfin angeklagt. Als die Küche der Unterkunft bereits in Flammen stand, konnte sich einer der Bewohner durch einen Sprung aus dem Fenster retten und die anderen alarmieren. Den Männern droht eine Freiheitsstrafe zwischen fünf und 15 Jahren, der Frau maximal zehn Jahre Jugendhaft.

27.06.2007 »Sensibles Gedenken«

In der Gedenkstätte Sachsenhausen wurde über die Geschichte des im August 1945 auf dem KZ-Gelände eingerichteten sowjetischen Internierungslagers diskutiert von Hans Daniel

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-27/007.php>

27.06.2007 Hitlerjugend reloaded

Unbehelligt vom Staat rekrutiert die »Heimattreue Deutsche Jugend« neue Anhänger von Philipp Grünberg

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-27/008.php>

27.06.2007 Lausitzer Rundschau: Rechtsextremismus in der Lausitz Dicke Bretter bohren

Cottbus (ots) - Rechtsextremismus kommt immer dann ins Gespräch, wenn Ausländer angegriffen oder Gedenksteine geschändet werden und wenn braune Aufmärsche stattfinden. So wie jüngst in Cottbus regt sich dann dagegen auch öffentlicher Protest. Das ist gut und wichtig, doch es reicht nicht aus gegen Nazis zu sein.

Der erklärte Feind aller Rechtsextremisten, ob mit oder ohne Parteibuch, ist die Demokratie. Sie wird von ihnen systematisch verhöhnt und in den Dreck gezogen.

Deshalb braucht die Demokratie trotz aller Unvollkommenheit aktive Verteidiger. Denn wer aus einer inneren Überzeugung Demokrat ist, der ist immun gegen totalitäre Heilsversprechen. Der kann auch einem NPD-Funktionär ganz unaufgeregt verbal Paroli bieten, wenn der in Cottbus, Spremberg, Herzberg oder Hoyerswerda versucht, ihm ein Flugblatt in die Hand zu drücken. Wenn er dann noch Rückhalt von Politikern bekommt, die in der Lage sind, bei öffentlichen Debatten auftauchende Rechtsextremisten mit rhetorischer Brillanz in die Schranken zu weisen, ist viel gewonnen.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist mühsam, wie das Bohren dicker Bretter. Eine schnelle und einfache Lösung des Problems gibt es nicht. Jedenfalls nicht in einer demokratischen Gesellschaft.

Pressekontakt:

Lausitzer Rundschau

Fax: 0355/481247

Rückfragen bitte an:

Telefon: 0355/481231

lr@lr-online.de

28.06.2007 www.mdr.de

Konzert gegen Nazis in Halle

Halle: Hunderte Jugendliche sind am Abend zu einem Konzert gegen Rechtsextremismus gekommen. Unter dem Motto "Laut gegen Nazis" traten auf der Peißnitz-Insel zahlreiche Rockbands und Sänger auf. Zudem stellten sich Vereine und Initiativen vor, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren. Mit

dem Konzert wollte die Stadt ein Zeichen der Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt setzen. Die Aktion wurde von der Jugendwelle MDR SPUTNIK unterstützt.

28.06.2007 Rheinische Post: NPD-Affäre - Höhler wehrt sich gegen Angriffe

Düsseldorf (ots) - Die wegen ihres Mietvertrags mit der NDP in die Schusslinie geratene Literaturprofessorin Gertrud Höhler (66) setzt sich zur Wehr. Die Angriffe gegen sie seien "völlig unangemessen", sagte sie der "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe). Ihren Kritikern warf sie vor: "Es geht nicht um Gerechtigkeit, es geht um Vernichtung." Sie habe inzwischen einen Rechtsanwalt eingeschaltet.

Höhler war von Wissenschaftsminister Pinkwart (FDP) Anfang Juni in das neue, achtköpfige Leitungsgremium ("Hochschulrat") der Universität Paderborn berufen worden. Nachdem publik geworden war, dass sie bereits im April der NPD ein Büro in ihrem Mietshaus in Zwickau vermietet hatte, forderten sowohl die Unispitze als auch Pinkwart sie zum Rücktritt als Hochschulrätin auf. Von Rückzug will Höhler derzeit aber nichts wissen. "Bis jetzt gilt, was ich gesagt habe", sagte sie der Rheinischen Post. Gemeint ist ihr Gespräch vorige Woche mit dem Vorsitzenden des Hochschulrats, Winfried Schulze. Darin hatte sie bekräftigt, im Amt bleiben zu wollen.

Zugleich hatte sie eingeräumt, gewusst zu haben, an wen in Zwickau vermietet wurde.

Pressekontakt:

Rückfragen bitte an:

Rheinische Post

Redaktion

Telefon: (0211) 505-2303

28.06.2007 Der Tagesspiegel: Dessauer Polizeiaffäre: Linksfraktion droht mit Untersuchungsausschuss

Berlin (ots) - Die Regierung von Sachsen-Anhalt hielt die Dessauer Polizeiaffäre schon für beendet, doch das Gegenteil ist der Fall. Die Linksfraktion im Landtag droht jetzt mit einem Untersuchungsausschuss. Anlass sind die Repressalien, denen zwei der drei Beamten der Polizeidirektion Dessau ausgesetzt sind, die vor einiger Zeit ein Fehlverhalten des Vizechefs der Behörde, Hans-Christoph Glombitza, protokolliert hatten. Die Staatsanwaltschaft Dessau hat deshalb vor wenigen Tagen nach einem Hinweis aus der Führung der Polizeidirektion ein Ermittlungsverfahren gegen einen der drei Staatsschützer eingeleitet - weil er in einem Schreiben eine strafbare Handlung Glombitzas behauptet haben soll, ohne sie dann anzuzeigen. Es bestehe der "Verdacht des Versuchs einer Strafvereitelung im Amt", sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Folker Bittmann am Donnerstag dem Tagesspiegel. Die Staatsanwaltschaft hatte es im Mai allerdings abgelehnt, gegen Glombitza selbst zu ermitteln. Ohne ihn oder die drei Beamten befragt zu haben. Dem zweiten Beamten wurde unterdessen, wie es im Umfeld der Polizeidirektion hieß, vom Innenministerium das Studium an der Deutschen Polizeihochschule in Münster verwehrt. Der Beamte will klagen. Im Ministerium hieß es lapidar, nach einem abgeschlossenen Auswahlverfahren "ist der Rechtsweg offen".

Die Staatsschützer hatten, wie berichtet, in einem Gesprächsprotokoll Glombitza vorgehalten, er habe gefordert, die Bekämpfung rechter Delikte zu bremsen. Glombitza soll sich auch verächtlich über die von der Landesregierung initiierte "Hingucken!"-Kampagne gegen Rechtsextremismus geäußert haben. Auf Antrag des Innenministeriums untersuchte der Rektor der Fachhochschule der Landespolizei den Fall.

Er bescheinigte Glombitza "fachliches Fehlverhalten", konnte aber kein Dienstvergehen feststellen.

Der Umgang mit den Staatsschützern sei "skandalös", sagte der Chef der Linksfraktion, Wulf Gallert, am Donnerstag dem Tagesspiegel. Es werde versucht, die Beamten "ins Abseits zu drängen und mundtot zu machen". Die Linksfraktion sähe sich "zu einem Untersuchungsausschuss gezwungen, wenn Landesregierung und Polizeidirektion nicht dafür sorgen, dass die Staatsschützer rehabilitiert werden", sagte Gallert.

Die Fraktion mit 26 Abgeordneten könne einen Untersuchungsausschuss alleine durchsetzen.

Als "völlig unverständlich" empfindet Gallert zudem das Verhalten der Staatsanwaltschaft. Dem schließt sich sogar das Innenministerium an:

Es sei nicht nachzuvollziehen, "auf welcher Basis die Staatsanwaltschaft Ermittlungsbedarf sieht", hieß es. Bei der Polizeidirektion Dessau war keine Stellungnahme zu erhalten.

Pressekontakt:

Der Tagesspiegel

Chef vom Dienst

Thomas Wurster

Telefon: 030-260 09-308

Fax: 030-260 09-622

cvd@tagesspiegel.de

29.06.2007 www.mdr.de

NPD erhielt vertrauliche Informationen über sächsische Affäre

Dresden: In der sächsischen Korruptionsaffäre sind vertrauliche Informationen in die Hände der rechtsextremen NPD gelangt. Das Landeskriminalamt bestätigte, dass es intensiv nach einer undichten Stelle in der Behörde sucht. Der Fall kam ins Rollen, als sich der NPD-Abgeordnete Petzold in parlamentarischen Anfragen auf vertrauliche Schreiben des LKA an Generalstaatsanwaltschaft und Innenministerium berief. Nach Informationen der Sächsischen Zeitung laufen in der Korruptionsaffäre bereits sechs Ermittlungsverfahren, darunter gegen einen Oberstaatsanwalt.

29.06.2007 www.tagesschau.de

* **Sachsen: Erste Ermittlungsverfahren eingeleitet**

In der sächsische Korruptionsaffäre hat die Staatsanwaltschaft jetzt in sechs Fällen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Wie die "Sächsische Zeitung" berichtet, richte sich ein Verfahren gegen einen Oberstaatsanwalt. Derweil verschärften Sachsens Grüne ihre Kritik an den CDU-Politikern Milbradt und Buttolo. [\[mehr\]](#)

- [Hat NPD in Sachsen einen Informanten beim LKA?](#)
- [Sachsens Opposition will Untersuchungsausschuss](#)
- [Korruption: Sachsen-SPD droht mit Ende der Koalition](#)
- [Beweismaterial in Sachsen vernichtet](#)

30.06.2007 **Widerstand gegen Neonaziladen**

Rostock: Rechter Aufmarsch am Samstag. Breiter Protest angekündigt von Lothar Bassermann

--> <http://www.jungewelt.de/2007/06-30/009.php>

30.06.2007 www.tagesschau.de

* **"Verbindung LKA-Sachsen zur NPD mehr als möglich"**

Wird die NPD gezielt mit Informationen aus dem Landeskriminalamt in Sachsen versorgt? Das Amt selbst weist diesen Vorwurf zurück. Jürgen Roth, Experte für organisierte Kriminalität, überzeugt das nicht.

Einzelne Beamte stünden "kraft ihrer Gesinnung" den Rechtsextremisten nahe, sagte er tagesschau.de.

[\[mehr\]](#)

- [Sachsen: Erste Ermittlungsverfahren eingeleitet](#)
- [Hat die NPD einen Informanten beim LKA? \(28.06.07\)](#)
- [Sachsen-SPD droht mit Ende der Koalition \(26.06.07\)](#)
- [Korruption in Sachsen: Viele Gerüchte, wenig Infos](#)

30.06.2007 www.mdr.de

Geraer demonstrieren gegen NPD-Kundgebung

Gera: In der Thüringer Stadt haben mehrere hundert Menschen gegen einen NPD-Aufmarsch protestiert. Oberbürgermeister Vornehm sagte auf einer Kundgebung, es sei wichtig, dass sich Gera als Gastgeber der Bundesgartenschau weltoffen und tolerant präsentiere. Die Protest-Aktion stand unter dem Motto "Gera - bunt, tolerant und weltoffen. Kein Platz für Nazis!". - Zu der NPD-Kundgebung versammelten sich nach Polizei-Angaben 650 Mitglieder und Sympathisanten. Die Polizei sprach Platzverweise gegen zwei Demonstranten aus dem rechten Lager sowie gegen einen aus dem linken Lager aus.

02.07.2007 **Rostock: Prügelnde Neonazis von Polizisten geschützt von Theo Schneider**

--> <http://www.jungewelt.de/2007/07-02/015.php>

02.07.2007 **Möchtegernweltmacht**

Adam Tooze will in »Ökonomie der Zerstörung« die Geschichte der Wirtschaft des Nazireiches neu erzählen von Matthias Becker

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2007/07-02/053.php>

02.07.2007 www.dradio.de

DFB startet Projekt gegen Rassismus im Fußball

Der Deutsche Fußball-Bund will in einem gemeinsamen Projekt mit dem Bundesfamilienministerium gegen Rassismus und Gewalt vorgehen. Die Initiative sei auf drei Jahre angelegt, teilte der DFB in Frankfurt am Main mit. Nachdem sich Deutschland bei der Weltmeisterschaft 2006 als gastfreundliches und weltoffenes Land präsentiert habe, dürften die Bestrebungen gegen Fremdenfeindlichkeit nicht nachlassen, erklärte DFB-Präsident Zwanziger. Unter anderem sind Schulungen für Vertreter von Vereinen und Fan-Organisationen vorgesehen.

02.07.2007 www.tagesschau.de

* **DFB startet Projekt gegen Gewalt im Fußball**

Unter dem Motto "Am Ball bleiben" haben der DFB und das Familienministerium ein mehrjähriges Präventionsprojekt gegen Rassismus und Diskriminierung gestartet. Vertreter von Vereinen und Fanclubs sollen speziell im Umgang mit Fremdenfeindlichkeit geschult werden. [\[mehr\]](#)

02.07.2007 **Der Tagesspiegel: Historiker Norbert Frei zur NSDAP-Mitgliedschaft von Walser, Lenz und Hildebrandt**

Berlin (ots) - Der Historiker Norbert Frei hält die Annahme der Schriftsteller Martin Walser, Siegfried Lenz

und des Kabarettisten Dieter Hildebrandt für glaubwürdig, dass sie ohne ihr Wissen Mitglied der NSDAP wurden. Gegenüber dem Tagesspiegel (Dienstags-Ausgabe) sagte der an der Schiller-Universität in Jena ...

02.07.2007 [Rheinische Post: Walser "erschrocken" über angebliche NS-Mitgliedschaft](#)

Düsseldorf (ots) - Der Autor Martin Walser hat sich bestürzt über den Dokumentenfund im Berliner Bundesarchiv gezeigt, der angeblich seine Mitgliedschaft in Hitlers Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterpartei (NSDAP) belegt. "Ich bin erschrocken, dass eine solche Organisation in dieser Weise über mich verfügt ...